Denk ich an Deutschland 2016

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine Konferenz der
Alfred Herrhausen Gesellschaft und der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung

FLUCHTPUNKT DEUTSCHLAND

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

Machen wir uns nichts vor: Die Deutschen gelten nicht als die allerbesten Gastgeber. Zugegeben, Millionen machen bei uns Urlaub – aber das sind meistens nur andere Deutsche. Auch das „Sommermärchen“ 2006 mit seinem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ verbesserte unseren Ruf, aber wirklich von Dauer war das nicht. (Immerhin waren wir so gastfreundlich, zwei anderen Teams den Vortritt ins Finale zu lassen.)

Unsere Reputation in der Kategorie „offene Arme“ verbesserte sich aber, als 2015 Hunderttausende Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben ungeordnet den Weg nach Europa suchten (im Bild: im Hauptbahnhof Frankfurt). Da zeigte die Zivilgesellschaft, was sie draufhatte; Bürger verteilten Decken und Wasser, nahmen Flüchtlinge bei sich auf. Sogar ein neues Wort ward erfunden: „Willkommenskultur“. Foto Helmut Fricke

DIE KONFERENZ ZUM MAGAZIN

Dieses Heft begleitet die achte „Denk ich an Deutschland“-Konferenz, die am 23. September 2016 in Berlin stattfindet. Mit dabei sind unter anderen: Olaf Scholz, SPD; Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte; Dietmar Bartsch, Die Linke; Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen; Julia Klöckner, CDU; Jörg Meuthen, AfD; Karl Theodor zu Guttenberg; Sahra Wagenknecht, Die Linke; Andreas Voßkuhle, Präsident, Bundesverfassungsgericht. Die Konferenz ist ausgebucht. Wir können leider keine weiteren Anmeldungen berücksichtigen. Informationen finden Sie unter www. alfred-herrhausen-gesellschaft.de; dort gibt es im Anschluss Beiträge von der Konferenz.

IMPRESSUM

Zur Konferenz der Alfred Herrhausen Gesellschaft und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erscheint die Beilage **Denk ich an Deutschland 2016.** Die Beilage ist eine Produktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.
Verantwortlicher Redakteur: Klaus-Dieter Frankenberger.
Zuständiger Redakteur: Bertram Eisenhauer.
Art Director: Peter Breul.
Bildredakteur: Henner Flohr, Christian Pohlert (verantwortlich).
Gestaltung: Tobias Stier.
Repro/Produktion: Axel Busch, Michael Lukas.
Verantwortlich für Anzeigen: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.
Druck: Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf.

© Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main.

Redaktion und Verlag, Postanschrift: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2–4, 60267 Frankfurt am Main.

Diese Sonderbeilage und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlags strafbar.
Titelfoto: Louisa Gouliamaki/AFP

Fotos Daniel Pilar, Archiv (2)

DIE SPUREN DER ZUKUNFT

VON THOMAS MATUSSEK

Welche Entscheidungen man trifft, hängt immer auch davon ab, wie weit der Blick reicht. Die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft (AHG) hat die Freiheit, nicht auf das nächste Problem oder die nächste Wahl blicken zu müssen, sondern sich systematisch mit möglichen Szenarien für die Zukunft auseinandersetzen zu können. Gemeinsam mit unseren Gästen wollen wir im Rahmen der diesjährigen „Denk ich an Deutschland“-Konferenz die Gelegenheit nutzen, um Deutschlands Umgang mit den zahlreichen Geflüchteten, die im vergangenen Jahr in unser Land gekommen sind, in den Fokus zu nehmen.
Die Kanzlerin sagte im Sommer 2015: „Wir schaffen das.“ Wir wollen jenseits des Tagesgeschäfts und der alltäglichen Debatten schon heute fragen: „Deutschland 2025 – Haben wir’s geschafft?“ Dass Deutschland in den kommenden Jahren bunter werden wird, bezweifelt kaum jemand. Doch schaffen wir es angesichts stärker werdender Extremismen, zivilisatorische Errungenschaften wie unseren Sozial- und Rechtsstaat auch in Zukunft aufrechtzuerhalten? Wie kann man in einer pluralen Gesellschaft eine gemeinsame Identität entwickeln und Solidarität der Menschen untereinander fördern?
Im Vorfeld der Konferenz haben wir das Fundament für diese Diskussion gelegt. Wir haben Expertinnen und Experten für Integration und Migration aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu drei Workshops eingeladen. In deren Rahmen wurden Trends und Einflussfaktoren identifiziert, die unser Leben mit den Zuwanderern in den Jahren bis 2025 beeinflussen werden.
So finden Sie neben manch anderem in diesem Heft, kurzgefasst, auch das Ergebnis dieses Prozesses: ein positives und ein negatives Szenario für die zukünftige Entwicklung. Diese Szenarien sind keineswegs Prognosen für die Zukunft. Sie zeigen jeweils mögliche und plausible Zukunftsentwicklungen auf und verdeutlichen damit auch: WIR HABEN EINE WAHL. Die Szenarien enthalten fiktive Elemente und sind zugespitzt, damit sie eine kontroverse Diskussion ermöglichen.
Die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft sucht die Spuren der Zukunft in der Gegenwart. Ich freue mich darauf, das gemeinsam mit Ihnen auch auf der „Denk ich an Deutschland“-Konferenz am 23. September wieder zu tun.

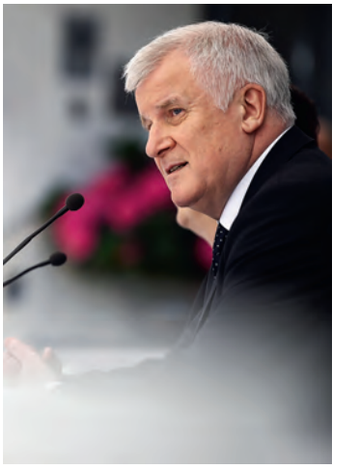
Thomas Matussek ist Geschäftsführer der AHG.

MIGRATION UND WERTBEKENNTNIS

VON JÜRGEN KAUBE

Ökonomisch ist Europa heute ein disparates Gebilde. Politisch nehmen seine zentrifugalen Kräfte zu. Zugleich ist Europa aufgrund seiner wohlfahrts- und rechtsstaatlichen Orientierung zum Zufluchtsraum für alle Arten von Migration geworden. Das wiederum verstärkt die ökonomische Ungleichheit ebenso wie den politischen Dissens. Zusätzlich verstärkt es die kulturellen Unterschiede in Europa, weil viele Migranten als Fremde wahrgenommen werden.
„Der Schmelztiegel selbst darf nicht schmelzen“, hat man einmal über die Bedingung für gelingende Integration gesagt. Doch was ist der Schmelztiegel?
In den Diskussionen um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wurde lange mit „christlichen Traditionen“ argumentiert, um die Grenzen einer sinnvollen EU-Erweiterung zu bezeichnen. Heute berufen sich auf solche Traditionen sowohl die Befürworter einer großzügigen Flüchtlingspolitik, die in ihr eine Wertentscheidung sehen, als auch die Gegner, die sich um das Abendland und die Identität seiner Nationen sorgen.
Auf beiden Seiten wird dabei vergessen, dass etwa in Deutschland noch vor wenigen Jahrzehnten Italiener, Portugiesen oder Spanier als Fremde galten, denen ihre Zugehörigkeit zum Abendland nicht viel half, wenn sie auf kulturelle Stereotype trafen. Ihre Lebenschancen haben sich nicht durch einen kulturellen Gesinnungswandel verbessert, sondern über den Arbeitsmarkt, die Niederlassungsfreiheit, den Tourismus und die Gewöhnung.
Wer Migration darum als moralisches oder kulturelles Projekt betrachtet, das entweder im Zeichen von Multikulturalität oder Nächstenliebe zu bejahen oder aus Gründen nationaler Identität abzulehnen ist, greift an ihrer Wirklichkeit vorbei. Über ihr Gelingen wird pragmatisch entschieden werden: durch die Möglichkeiten des Schulunterrichts, die Kapazitäten des Sozialstaats, die Aufnahmefähigkeit der Arbeitsmärkte und durch Einwanderungsgesetze, die all dies in Rechnung stellen – aber nicht durch das Ablegen von Wertbekenntnissen.

Jürgen Kaube ist Herausgeber der F.A.Z.



Es gibt Äußerungen, die mitten in einem sich beschleunigenden Strom der Ereignisse fallen, die aber die Politiker, von denen sie stammen, auf Jahre hinaus festlegen. „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind“, erklärte Angela Merkel gemeinsam mit Peer Steinbrück 2008, als Banken in die Knie gingen. Ein Segen, dass diese Zusage nicht getestet werden musste. Sieben Jahre später, am 31. August 2015, nahm Merkel auf einer Pressekonferenz Stellung zur Flüchtlingskrise mit Worten, die auch nicht so schnell in Vergessenheit geraten werden: „Wir schaffen das!“ Je mehr Zeit vergeht, desto weniger klingt der Satz nach selbstbewusstem Versprechen, sondern eher nach Autosuggestion. Horst Seehofer hielt die Formel wie auch Merkels ganze Flüchtlingspolitik von Anfang an für falsch.

Foto Zhang Fan/Xinhua (links), dpa

ICH ABER SAGE IHNEN

DURCH DIE HINTERTÜR IN EINE NEUE ÄRA

Auch bei der Integration der Flüchtlinge werden die Deutschen wieder über sich hinauswachsen. Doch das Erbe, das Angela Merkel hinterlassen wird, dürfte auch ein widersprüchliches sein.

VON THOMAS SCHMID

Als im Herbst 2015 Migranten in hoher Zahl nach Deutschland kamen, reagierte das Land hilfsbereit, aber zunehmend auch nervös. Bald wurde heftig darüber gestritten, ob es verantwortungsvoll war, dass Angela Merkel am 31. August erstmals den später von ihr mehrfach wiederholten Satz sagte: „Wir schaffen das." Schnell kam in die Debatten ein Ton der Gereiztheit. Von vielen ihrer ehemaligen Anhänger wurde die Bundeskanzlerin mit einem Etikett versehen, das aus dem Sprachgebrauch einer düsteren Vergangenheit stammte. Sie sei eine „Verräterin", die eine Politik der „Umvolkung" betreibe. Umgekehrt wurde die deutsche Regierungschefin für Liberale und Linke plötzlich zu einer politischen Heroine. Die Rollen verrutschten; seither geht im Land die Ahnung um, dass im Herbst 2015 etwas geschah, dessen Folgen noch lange nicht abzusehen sind. Der Ministerpräsident, der sagte, er wünsche, dass Deutschland genauso bleibt, wie es ist, traf schon den Punkt: Deutschland wird nicht genauso bleiben, wie es ist. Wie wird es anders werden?

Ein zeitraffender Blick auf die Entwicklung des Vierteljahrhunderts, das hinter uns liegt, zeigt: Deutschland hat einen großen Magen. Es hat sich in diesen 25 Jahren viel mehr verändert als in den vier davorliegenden Jahrzehnten der „alten" Bundesrepublik, von der Wiedervereinigung über den Kosovo-Krieg, die Agenda 2010 bis zu zwei Ostdeutschen in höchsten Ämtern der Republik. Bürger, Staat und Parteien haben diesen zum Teil grundstürzenden Wandel erstaunlich gelassen hingenommen und verarbeitet. Nur bei Minderheiten, die AfD eingeschlossen, gibt es das Gefühl, in einer weniger lebenswerten und sicheren Welt zu leben und der eigenen Geschichte und Identität beraubt zu sein.

Deutschland hat die neue Ära gewissermaßen durch die Hintertür betreten. Helmut Kohl und die nur darin ihm verwandte Angela Merkel waren als Regierungschefs gut geeignet, die Deutschen ohne Tamtam und Ruckreden als joviale Reiseführer in die neue Zeit zu geleiten, besser: zu begleiten. Der aktuellen Nervosität zum Trotz gibt es wenig Grund, daran zu zweifeln, dass diese Gelassenheit eine deutsche Tugend bleiben wird. Sie liegt in der Größe, der wirtschaftlichen Stärke und der vergleichsweise großen Integrität seiner Institutionen begründet. Deutschland wird 2025 vermutlich so stabil sein wie heute.

Auf die Probe gestellt wird diese Stabilität aber gleichwohl, von außen und von innen. Was Wolfgang Schäuble einmal salopp unser „Rendezvous mit der Geschichte" genannt hat, markiert tatsächlich eine Zäsur. Und diese trifft Deutschland als die größte politische Macht Europas besonders. Man kann diese Migrationsbewegung mit europäischer Brille als etwas von außen Kommendes sehen, das es zu unterbinden oder wenigstens zu regulieren gilt. Ein weiterer Blick zeigt, dass damit vermutlich nicht viel gewonnen wäre. Die Tragödien am Südrand des Mittelmeers gehen Europa, gehen Deutschland an. Sie werden, wenn wir nicht zur Besserung beitragen, auch zu unseren Tragödien werden. Wenn Deutschland so bleiben will, wie es ist, wird es nicht mehr möglich sein, künftige Aufgaben als nationale zu verstehen. Deutschland wird die Staaten der EU dafür gewinnen müssen, weitere Schritte in diese Richtung zu tun.

So unumgänglich das ist, so wird es doch aus mehreren Gründen schwer werden. Nur zwei seien genannt. Erstens hat sich Deutschland mit seinen ordnungspolitisch begründeten Interventionen in die Europa- und Europolitik ziemlich unbeliebt gemacht. Deutschland will kein Hegemon, auch kein freundlicher Hegemon, ja nicht einmal ein halber Hegemon sein. Es wird beweisen müssen, dass ihm damit ernst ist. Deutschland kann seine zentrale Rolle in Europa nur spielen, wenn es das im Verbund mit anderen tut. Das aber wird, zweitens, auch deswegen schwer werden, weil der viel beschworene und überhöhte deutsch-französische Motor längst stillsteht und vermutlich auch nicht mehr anspringen wird. Das Europa neuer regionalpolitischer Verantwortung kann kein karolingisches Muster mehr tragen. Im Verbund, aber einsam: Das wird Deutschlands Schicksal in den kommenden zehn Jahren sein. Das erfordert große Kraft im Ausbalancieren. Es kann daraus nur etwas werden, wenn die Europapolitik im Berliner Regierungsviertel, aber auch in den deutschen Staatskanzleien, bei den Parteien und in der öffentlichen Auseinandersetzung endlich Vorrang bekommt.

Seit Wladimir Putin zu alter Macht- und Geopolitik zurückgekehrt ist, wird immer spürbarer, dass das kurze 20. Jahrhundert in Wahrheit ein langes Jahrhundert war und dass es einschließlich etlicher Restlasten des 19. Jahrhunderts noch immer nicht zu Ende ist. Das europäische Paradox besteht darin, dass in dieser neuen Situation ausgerechnet jenem Land die größte Verantwortung zufällt, das am wenigsten von allen europäischen Ländern auf diese „Rückkehr der Geschichte" ge-

Illustration F.A.Z.

fasst war: Deutschland. Es wird der Erwartung an die neue Rolle nur gerecht werden können, wenn die Politik dabei nicht an den Bürgern vorbei oder gar gegen sie agiert. Doch darauf sind die Deutschen und ihr politisches Personal nicht gut vorbereitet.

Mental kann man die Gründungs- und die goldenen Jahrzehnte der „alten“ Bundesrepublik als eine Zeit glückhaft erlebter Abkehr von der Geschichte, von der Außenpolitik und von dem Kampf um die eigene Stellung in der Welt beschreiben: Sich klein machend und verstehend, wurde Deutschland wieder groß. Doch auch wenn die Mehrheit der Bürger inzwischen Deutschlands aktivere Rolle in der Welt akzeptiert, fehlt doch weithin das Bewusstsein, dass diese Rolle ausgefüllt sein will und sich das nicht einfach aus dem Gestern und Vorgestern ergibt. Dass es bisher bei diesem Mangel geblieben ist, wird durch die Art erleichtert, wie Deutschland heute regiert wird. Von der Methode, mit der die Bundeskanzlerin seit 2005 tätig ist, geht kein Signal aus. Eines ergibt sich unaufgeregt und wie selbstverständlich aus dem anderen, kein Anfang, kein Ende: Alles fließt. Es geht wie in einer Behörde zu. Passt das zu einem Staat, der sich Größeres wird vornehmen müssen?

Nein und ja. Nein, weil gebieterisch mehr als „business as usual“ ansteht. Wird dies im Regierungshandeln wie im öffentlichen Diskurs bestritten oder beschwiegen, kann das ein populäres Unbehagen nähren, möglicherweise mit extremistischen politischen Folgen. Man erklärt die Erfolge der AfD oft mit der vermeintlichen oder tatsächlichen Furcht vieler Bürger vor dem drohenden oder schon eingetretenen Verlust nationaler Souveränität und mit der Verwirrtheit angesichts der neuen globalen Unübersichtlichkeit. Tatsächlich wissen die meisten aber genau, dass es keine Alternative zum Dahinschwinden herkömmlicher nationaler Souveränität gibt und die Unübersichtlichkeit nun einmal da ist.

Was aber fehlt, sind beharrliche Versuche, diese Wirklichkeiten zu erklären, ihnen Kontur zu geben. In dieser Kunst ist die Kanzlerin nicht sehr stark, und darin folgen ihr inzwischen auch alle anderen Parteien. Hier tut sich eine Sollstelle auf. Andererseits geht von der Regierungspolitik der unaufgeregten Geschäftigkeit ohne Akzentsetzung auch etwas Beruhigendes aus. In Zeiten, in denen viel getan werden muss, kann man auch viel falsch machen. Eine Haltung, die auf Zeitgewinn, Bestandwahrung und minimale Terraingewinnung setzt, ist da nicht das Schlechteste.

Das hat Merkel, obwohl von Gegnern und Konkurrenten umstellt, auf fast unwiderstehliche Weise stark gemacht. Ihre Stärke ist (oder war?) die Schwäche der anderen; der Parteien, die eigene eingeschlossen, vorweg. Es steht nicht zu erwarten, dass man sie, wie alle ihre Vorgänger, abwählen oder aus dem Amt treiben muss. Sie wird aber nach ihrem Abgang eine entkräftete politische Landschaft hinterlassen. Die AfD wird gehen, wie sie gekommen ist. Aber nach ihr wird es die Parteienlandschaft Deutschlands so nicht mehr geben. Angela Merkel hat auf ihre Weise Deutschland auf neue Zeiten und neue Aufgaben vorbereitet. Indem sie aber durch zwei große Koalitionen hindurch nicht zufällig das agonale Prinzip der Demokratie außer Kraft gesetzt hat, schliff sie die Parteienlandschaft ab. Auch eine schwarz-grüne Koalition im Bund würde diesen Aufzehrungsprozess fortsetzen. Sie wird ein weiterer Schritt zur Einebnung der Parteienlandschaft sein. Am Ende könnte die Frage aufkommen, ob das Instrument Partei, von seinen ideologischen Restbeständen gereinigt, in Zukunft noch geeignet ist, Politik zu ermöglichen.

Das Erbe der Bundeskanzlerin wird paradox sein. Trotz aktueller europäischer Turbulenzen, die sich wieder legen werden, hat sie Deutschlands Stellung in der Europäischen Union gestärkt. Sie hat das aber, wie immer, ins allzu Offene hinein getan: ohne eine starke Idee – sieht man von „ihrer“ Stunde im Spätsommer 2015 ab, als sie mit einer humanen Geste deutlich machen wollte, dass wir unsere Politik ändern müssten, wenn wir in einer sich dramatisch verändernden Welt bestehen wollen. Da sie aber beharrlich nicht willens war, darüber hinaus Akzente zu setzen und politische Ideen zu erproben, wird sie auch Ratlosigkeit hinterlassen.

Das Jahr 2015 hat so gebieterisch wie nie zuvor die Frage der Eingemeindung von Migranten auf die politische Tagesordnung gebracht. In zehn Jahren wird man erkennen können, dass die Deutschen, ihre Institutionen und ihre Politiker in der Lage waren, über sich hinauszuwachsen und bisher kaum Denkbares zu wagen. Ein Indiz dafür war die Geschwindigkeit, mit der Politiker, die vorwiegend Einwanderungsgegner waren, nach dem Herbst 2015 sich dem Neuen geöffnet haben. Binnen kurzer Zeit hatten auch in CDU und CSU die Überfremdungstheoretiker ihre Positionen geräumt und sich an die Arbeit gemacht. In zehn Jahren wird es Bayern sein, dem es so vorbildhaft wie keinem anderen Bundesland gelungen ist, Muslime fordernd in das deutsche Gemeinwesen hinein zu holen, den Islam bavaria-verträglich zu machen und das stark veränderte deutsche Vaterland gleichwohl grundgesetztreu und traditionsbewusst zu bewahren.

Westbindung, Marktwirtschaft, Ostpolitik, Wiedervereinigung: Deutschland hat in den vergangenen 70 Jahren immer wieder bewiesen, dass es fähig ist, große und die Bevölkerung spaltende Probleme dann entschlossen anzugehen, wenn sie erst einmal unabweisbar vor der Tür standen. Dieses Vermögen steht in einem derart krassen Kontrast zum früheren deutschen Machtfundamentalismus, dass die Vermutung naheliegt, dieser Pragmatismus sei die unmittelbare Lehre, die die Deutschen aus ihrer selbstverschuldeten Katastrophe gezogen haben. Wenn dem so wäre, spricht wenig gegen die Annahme, dass Deutschland in der Lage sein wird, die historisch neuen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts im letzten Moment pragmatisch zu bewältigen.

Der Autor ist Publizist und lebt in Berlin.

EINE EROSION DES VERTRAUENS

Die Bürger sind skeptisch, ob ihr Land die massenhafte Einwanderung verkraftet. Der Politik trauen sie die Lösung des Problems nicht zu.

VON RENATE KÖCHER

Die Stimmungslage der Bürger ist zurzeit von einer ungewöhnlichen Konstellation geprägt: Die Zufriedenheit mit der eigenen materiellen Lage steigt seit Jahren kontinuierlich an, die Konsumfreude ist groß, und Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes treiben nur noch eine Minderheit um – ganz anders als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig ist der Zukunftsoptimismus der Bürger in den letzten zwölf Monaten regelrecht zusammengebrochen. Nur 36 Prozent der Bevölkerung sehen den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, die Mehrheit mit Skepsis oder sogar ausgeprägten Befürchtungen. Ähnlich düster war die Stimmung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten nur in Zeiten gravierender ökonomischer oder politischer Krisen, wie während der Ölkrisen, inmitten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008, nach den New Yorker Anschlägen oder Anfang der neunziger Jahre, als eine Rezession und die Flüchtlingswelle vom Balkan zusammentrafen.

Was die Bürger heute verunsichert, sind vor allem der Flüchtlingszustrom, die Häufung von Terrorakten, die internationalen Krisen, die unkalkulierbar und auch fast unbeherrschbar erscheinen, und die innere Sicherheit in Deutschland. Inmitten der wirtschaftlichen Prosperität und robusten Konjunktur wächst das Bedrohtheitsgefühl der Bürger kontinuierlich an.

Der Zeitpunkt, zu dem der Optimismus zusammenbrach und einer tiefen Besorgnis wich, lässt sich eindeutig auf den Spätsommer des vergangenen Jahres datieren. Die Flüchtlingskrise, die zu diesem Zeitpunkt eskalierte, erschütterte und alarmierte die Bevölkerung. Dass eine Regierung die Kontrolle über die eigenen Grenzen verliert und Hunderttausende unregistriert ins Land strömen, war zuvor für die Bürger kaum vorstellbar. Die anfangs von Medien und Politik gefeierte Willkommenskultur war weit von der Gemütslage der Mehrheit entfernt, die schockiert und beklommen war.

Mit den Flüchtlingszahlen bildete sich in diesem Jahr zwar auch die Beunruhigung der Bürger zurück. Die Mehrheit ist jedoch skeptisch, ob der Rückgang der Flüchtlingszahlen wirklich nachhaltig ist. Gleichzeitig sieht die Bevölkerung in den Flüchtlingen, die sich bereits im Land befinden und anerkannt oder zumindest geduldet sind, eine enorme Herausforderung, die die Herkulesaufgabe der ersten Unterbringung und Versorgung bei weitem übersteigt. 71 Prozent beurteilen die Integrationschancen skeptisch, lediglich jeder Fünfte ist hier zuversichtlich.

Das hat wenig mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Deutschland hat seit Jahrzehnten Millionen Bürger mit Migrationshintergrund. Die Mehrheit der Bevölkerung zählt aus anderen Ländern Zugewanderte zu ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis; das gilt insbesondere für die junge Generation, von denen die große Mehrheit mit ausländischstämmigen Kindern zur Schule gegangen ist. Die große Mehrheit zieht in Bezug auf diese Zugewanderten eine positive Bilanz, stuft sie als überwiegend gut integriert sein.

In Bezug auf die Flüchtlinge ist die große Mehrheit jedoch überzeugt, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration eher ungünstig sind. Zu unterschiedlich sind nach der Einschätzung der Bürger die kulturellen Prägungen, zu groß der Rückstand an schulischer und beruflicher Bildung.

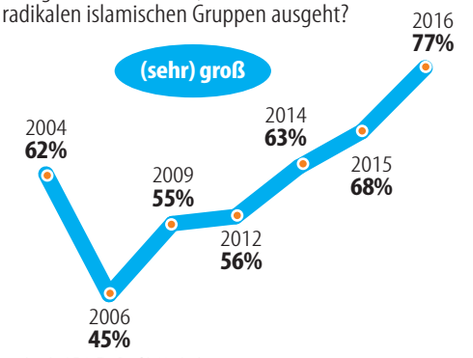
Dass vor allem gut Gebildete ins Land strömen und helfen, den Mangel an Fachkräften in einigen Branchen zu mildern, hielt die große Mehrheit zu keinem Zeitpunkt für plausibel. Die kulturellen Prägungen und Wertvorstellungen werden als völlig anders und fremd wahrgenommen. 90 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass sich Kultur und Wertvorstellungen der meisten Flüchtlinge gravierend von der deutschen Kultur und den anerkannten gesellschaftlichen Grundprinzipien unterscheiden. Die meisten denken hier nicht nur an die Gleichstellung von Mann und Frau oder die religiösen Überzeugungen, sondern auch an die Haltung zum Staat und die Bereitschaft, die Gesetze einzuhalten. Auch in Bezug auf die Kindererziehung und die Leitvorstellungen für das Familienleben unterscheiden sich nach der Einschätzung der großen Mehrheit die Vorstellungen gravierend.

Diejenigen, die in den letzten zwölf Monaten häufiger Kontakte zu Flüchtlingen hatten, sehen dies nicht wesentlich anders als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie betonen die unterschiedlichen Prägungen teilweise sogar noch stärker; dies gilt insbesondere in Bezug auf die Leitideen für das Familienleben und die Kindererziehung. Lediglich in Bezug auf die Einstellungen zum Staat und die Bereitschaft, sich an den geltenden Gesetzen und Regeln zu orientieren, sehen diejenigen, die in den letzten Monaten häufiger Kontakte zu Flüchtlingen hatten, tendenziell weniger Schwierigkeiten als der Durchschnitt der Bevölkerung. 61 Prozent der gesamten Bevölkerung, 55 Prozent der Bürger, die häufiger Kontakte zu Flüchtlingen hatten, gehen von signifikanten Unterschieden bei der Einstellung zum Staat und der Bereitschaft, Gesetze und Regeln einzuhalten, aus. In Bezug auf die Gleichstellung von Mann und Frau sehen 93 Prozent der gesamten Bevölkerung, 95 Prozent derjenigen mit Kontakten zu Flüchtlingen gravieren-

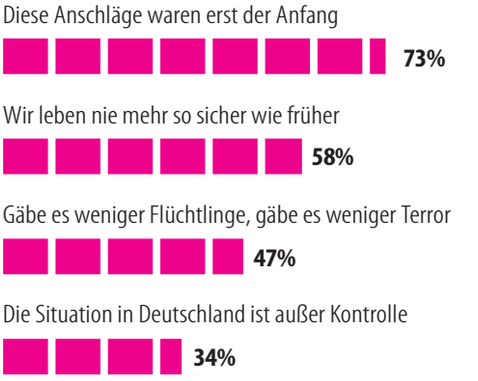
Integrationschancen der Flüchtlinge

Gefahr durch radikale Islamisten

Wie groß ist die Gefahr, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgeht?



Ängste nach Terror im Sommer



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbach / F.A.Z.-Grafik Niebel

de Unterschiede zwischen den Prägungen der Flüchtlinge und der deutschen Bevölkerung.

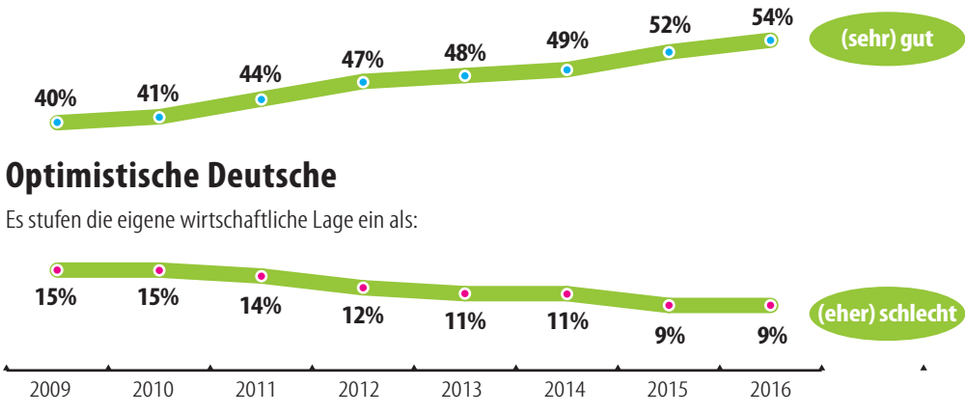
Die Bevölkerung hat klare Vorstellungen von den Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration: rascher Erwerb von Sprachkenntnissen, Integrationsbereitschaft, die Akzeptanz der Grundprinzipien der deutschen Gesellschaft, insbesondere der Gleichstellung von Männern und Frauen, Bildungsinteresse und die Bereitschaft, unter Deutschen zu leben, und sich nicht abzuschotten.

Die Bürger verstehen unter Integration nicht Assimilierung. Sie halten es jedoch für wichtig, dass bei ernsten Konflikten zwischen den kulturellen Prägungen aus dem Herkunftsland und der deutschen Kultur die Letztere den Vorrang hat. Der Begriff der Leitkultur, der in der öffentlichen Diskussion immer wieder zu Kontroversen führte, ist für die große Mehrheit kein Reizwort, sondern eine Selbstverständlichkeit. Ob Integration gelingt, hängt nach Überzeugung der meisten auch von der Entschiedenheit ab, mit der wesentliche Grundprinzipien im Alltag durchgesetzt werden. Dass beispielsweise weibliche Ärzte zurückgewiesen werden oder Frauen der Handschlag verweigert wird, ist nach Überzeugung der großen Mehrheit nicht tolerierbar.

Die Beunruhigung über die noch lange nicht erfolgreich bewältigte Flüchtlingswelle ist jedoch nicht die einzige Quelle von Verunsicherung. Die Terroranschläge und Attentate in Frankreich, Belgien und neuerdings auch Deutschland unterminieren das Sicherheitsgefühl der Bürger.

Die Anschläge kamen für die Mehrheit keineswegs überraschend. Schon vor der Anschlagsserie fürchteten drei Viertel der Bevölkerung, dass es in absehbarer Zeit zu einem Terroranschlag in Deutschland kommt. Nach den Anschlägen waren ebenfalls drei Viertel überzeugt, dass dies erst der Anfang ist und weitere Anschläge drohen. 58 Prozent fürchten, dass man in Deutschland nie mehr so sicher leben kann wie zuvor. Knapp zwei Drittel haben sogar das Gefühl, dass Terror und Gewalt mittlerweile zu unserem Alltag gehören. Die Gefahren, die von radikalen islamistischen Gruppierungen für Deutschland ausgehen, treten immer mehr ins Bewusstsein der Bürger. Vor zehn Jahren veranschlagten 45 Prozent diese Gefahren als groß, im letzten Jahr bereits 68 Prozent, jetzt 77 Prozent.

Die wachsenden Sorgen über Terrorgefahren treffen auf ein gesellschaftliches Klima, das ohnehin von wachsender Besorgnis um die innere Sicherheit geprägt ist. Schon seit Jahren nimmt die Besorgnis über die Entwicklung von Gewalt und Kriminalität zu. Der Anteil der Bevölkerung, der sich in diesem Zusammenhang Sorgen macht, stieg seit 2014 von 52 auf 82 Prozent. Insbesondere Frauen haben heute den Eindruck, dass sie sich nicht



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbach / F.A.Z.-Grafik Niebel

mehr in ihrem Umfeld so frei bewegen können wie früher, ohne sich Risiken auszusetzen. Auch Einbruchdiebstähle beunruhigen der Bürger zunehmend. Zu diesen Risiken im Nahbereich kommt die Sorge, dass Deutschland in internationale militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Für zwei Drittel der Bürger ist dies eine reale Gefahr.

Die Zusammenballung von Risiken hat nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung unterminiert, sondern auch das Vertrauen in die Politik. Insbesondere die Reaktion der etablierten Parteien auf die Flüchtlingskrise hat zu einer tiefen Entfremdung und zu Misstrauen geführt, ob sich die Ziele und Vorstellungen der Politik überhaupt noch näherungsweise mit denen der Bürger decken. Die politische Reaktion auf die Eskalation der Flüchtlingskrise war und ist teilweise noch von einem bemerkenswerten Konsens der im Parlament vertretenen Parteien geprägt. Von der Linken über die Grünen bis zu CDU und SPD wurde die Flüchtlingspolitik im letzten Jahr weitgehend mitgetragen – eine ungewöhnliche Konstellation bei einem Ereignis von derartiger Tragweite und Sprengkraft.

Der Schock, die Besorgnis der Mehrheit, hatte im Parlament kaum eine Stimme und wurde so politisch nicht aufgefangen. Dazu kam zeitweise eine Medienberichterstattung, die im Verbund mit dem breiten Konsens im Parlament ein gesellschaftliches Klima beförderte, in dem die Mehrheit der Bevölkerung plötzlich den Eindruck hatte, dass man vorsichtig sein müsse, sich überhaupt mit seiner Meinung zur Flüchtlingssituation zu exponieren. Die Berichterstattung der Medien zu diesem Thema wurde im letzten Jahr überwiegend kritisiert bis hin zum Vorwurf der „Lügenpresse“, der weit über den Kreis der Pegida- und AfD-Anhänger hinaus erhoben wurde.

Eine Folge des Eindrucks, weder in Medien noch in der Politik mit den eigenen Sorgen und Positionen Verständnis zu finden, war die Renaissance und Stärkung der AfD. Noch im Frühsommer letzten Jahres war sie durch die Abspaltung des Lucke-Flügels und die internen Querelen so geschwächt, dass sie deutlich unter 5 Prozent lag. Mit der Flüchtlingskrise und der Reaktion der im Parlament vertretenen Parteien auf diese Herausforderung nahm die Unterstützung für die AfD steil zu. In diesem Jahr bewegen sich die Zweitstimmenwahlabsichten zugunsten der AfD bisher zwischen 10 und annähernd 13 Prozent. Sämtliche Landtagswahlen sind zurzeit von diesem Höhenflug geprägt. Die Reaktion vieler Bürger auf die Erfolge der AfD bei Landtagswahlen zeigt eine Verbitterung über die im Parlament vertretenen Parteien, die weit über den Kreis der AfD-Anhänger hinausreicht. Nach den Landtagswahlen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begrüßten 46 Prozent der Bürger das Abschneiden der AfD mit dem Argument, dass die etablierten Parteien einen derartigen Denkzettel brauchen.

In der öffentlichen Diskussion wurde in den letzten Monaten immer wieder die AfD als das eigentliche Problem und Risiko dargestellt. Das eigentliche Problem ist jedoch der Vertrauensverlust der etablierten Parteien, die AfD das Ergebnis dieser Vertrauenserosion. Die Mehrheit der Bevölkerung kann bei keiner Partei überzeugende Konzepte für den Umgang mit der Flüchtlingssituation erkennen.

Dies schwächt besonders die Partei, die in der Verantwortung ist und die immer weitaus mehr als andere Parteien als Garant von Sicherheit gesehen wurde und in abgeschwächter Form auch noch gesehen wird – die CDU. War bei der letzten Bundestagswahl sogar die absolute Mehrheit in Reichweite, schwankt sie zurzeit in der Bandbreite zwischen 33 und 35 Prozent. Die anderen im Bundestag vertretenen Parteien profitieren davon kaum, sondern müssen auch kämpfen, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Das ist angesichts der zahlreichen Krisen, für die es keine einfachen Lösungen gibt, nicht leicht. Gerade in diesem Umfeld wird Vertrauen rasch zerstört, aber nur schwer restauriert.

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach.

DAS VERWALTETE ELEND

Mit der Kraftanstrengung der Wiedervereinigung ist die Aufgabe, Hunderttausende Ausländer aus den Kriegsgebieten dieser Welt zu integrieren, schon verglichen worden. Kein Wunder, dass da selbst die Bürokratie, sonst in Wahrheit wie in der Karikatur eigentlich eine Spezialität der Deutschen, häufiger schwächelte, als den Bürgern lieb sein konnte. Nicht überall liefen Erfassung und Unterbringung der Neuankömmlinge geordnet ab (im Bild oben: eine Flüchtlingskolonne in Bayern). Mal mussten die Behörden gestehen, dass in vielen tausend Fällen Menschen ins Land gekommen waren, die nicht registriert worden waren. Dann wieder kam es vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales („LaGeSo“) wochenlang zu katastrophalen Szenen (Bild links), bis diese Erstanlaufstelle zu einem Sinnbild für Staatsversagen geworden war.

Fotos Matthias Lüdecke (links), Reuters

LAND, STADT, MIGRANT

Überschuldete Haushalte, soziale Verwerfungen: Viele Kommunen kämpfen ohnehin darum, für ihre Bewohner gute Lebensbedingungen zu schaffen. Jetzt kommen noch Flüchtlinge hinzu – und alle Systeme werden „bis an den Rand gefordert". Das Beispiel Essen.

VON JULIAN STAIB

In einem hellen Raum sitzen sechs Kinder im Kreis mit zwei Erzieherinnen. Mal rufen sie im Chor, mal flüstern sie. Drumherum stapelweise Spielzeug. „Ramadan, wo bist du?", ruft eine Erzieherin. „Hier bin ich", antwortet ein Junge. Die meisten der Kinder sind Syrer. Seit zwei Monaten kommen sie jeden Morgen in die Kinderbetreuung der Diakonie hier. Oberstes Ziel sei es, den Kindern eine Struktur zu geben und sie in einem geschützten Raum Kind sein zu lassen, sagt eine Erzieherin. Man merke, dass das für viele das erste Mal ist.

Die Kinder werden morgens von ihren Eltern aus dem benachbarten Zeltdorf gebracht, das in dem früheren Fußballstadion Mathias Stinnes aufgestellt wurde. In Karnap im äußerten Norden Essens, direkt neben der Müllverbrennungsanlage. Mittlerweile sind viele der hohen weißen Zelte nicht einmal mehr zur Hälfte belegt, dem stark zurückgegangenen Zuzug von Asylsuchenden sei dank. Am Eingang des riesigen Zeltes, in dem die Familien der Kinder untergebracht sind, sitzen drei Frauen. Vor ihnen Dutzende Steckdosen, an denen sie ihre Handys aufladen. Eine der Frauen lacht, sie hält ein braunes Couvert in den Händen. Darin ein Schreiben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Der Familie, es sind kurdische Iraker, die seit sieben Monaten in Deutschland leben, wurde Flüchtlingsschutz zugesprochen. Sie dürfen endlich raus aus der Zeltunterkunft und für mindestens drei Jahre in Deutschland bleiben.

Wahrscheinlich werden sie sich zunächst eine Wohnung im Essener Norden suchen, dort, wo die Mieten billig sind, und Hartz IV beantragen. So wie die meisten anerkannten Flüchtlinge. In Essen leben mittlerweile rund 18 000 Personen aus den Hauptherkunftsländern. 7900 sind Syrer, Anfang 2015 waren es noch 1350. Essen war lange eine schrumpfende Stadt. Jetzt wächst sie wieder. Weil mehr Kinder geboren werden und weil es mehr Zuzug gibt. Nicht nur von Flüchtlingen. Aber der Anteil der Deutschen ohne weitere Staatsangehörigkeit schrumpft deutlich, derjenige von Personen mit ausländischer oder doppelter Staatsangehörigkeit dagegen steigt. Schon geschlossene Schulen werden wiedereröffnet. 3000 „Seiteneinsteiger" kamen im vergangenen Jahr in die Klassen, die meisten waren Flüchtlingskinder.

Vereinfacht dargestellt, hat Essen einen reichen Süden und einen armen Norden. Aus allen Statistiken der Stadt lässt sich die Spaltung ablesen. Etwa die Sozialhilfequote: Im Norden beziehen je nach Viertel bis zu 35,5 Prozent der Personen Hartz IV oder andere existenzsichernde Leistungen, im Süden dagegen teilweise nur ein Prozent der Personen. Die Kluft ist historisch bedingt, wie in vielen Städten des Ruhrgebiets. Doch seit Jahren vertieft sie sich. Durch den starken Zuzug von Flüchtlingen haben nun viele die Sorge, dass ganze Stadtteile kippen. Und die hochverschuldete Stadt, die schon eine Fülle von Problemen besitzt, hat damit eine Krise mehr.

Essen funktioniert bisweilen wie ein Brennglas. Weil sich an der Stadt die Probleme, die sich durch Flüchtlinge ergeben, fast überspitzt aufzeigen lassen. Die fehlende Durchmischung der Viertel, aber auch Fragen der Integration angesichts überschuldeter Haushalte und nicht zuletzt die Schwierigkeit, unterstützungsbedürftige Einheimische nicht gegen die „Neuen" auszuspielen – was die Sozialdemokratie in größte Schwierigkeiten bringt.

In Essen kommt hinzu, dass über Monate anerkannte Flüchtlinge aus anderen Bundesländern in die Stadt zogen. Dorthin zumeist, wo schon Verwandte und Bekannte leben. Auch den Zugezogenen muss die Kommune Hartz-IV-Leistungen zahlen. Mittlerweile sind den kürzlich in Kraft getretenen Änderungen des Aufenthaltsgesetzes zufolge anerkannte Flüchtlinge verpflichtet, in dem Bundesland zu bleiben, in dem ihr Asylverfahren durchgeführt wurde – es sei denn, sie finden irgendwo anders eine Arbeit. Damit ist für Essen der starke Zuzug von außen gestoppt. Doch schon heute leben in der Stadt weit mehr Flüchtlinge, als eigentlich vorgesehen sind gemäß der bundesweiten Verteilung anhand des Königsteiner Schlüssels.

In den rund 800 Wohnungen, die von Caritas und Diakonie in der Stadt betreut werden, leben mittlerweile mehr hinzugezogene Flüchtlinge als solche, die in Essen ihre Anerkennung erhielten. Die Wohlfahrtsverbände sehen sich nicht in der Lage, noch mehr Personen zu betreuen, und haben nun einen „Aufnahmestopp" verkündet. Man könnte auch „Obergrenze" dazu sagen. Die Stadt hat diese Option nicht.

Sie kann auch nicht verhindern, dass alle Flüchtlinge in bestimmte Viertel ziehen. Das Land könnte das. Die Wohnsitzregelung, die Teil des nun in Kraft getretenen Integrationspakets ist, wurde für Städte wie Essen geschaffen, um „Banlieue-Strukturen" zu vermeiden, wie es stets hieß. Allerdings haben die Bundesländer diese Regelung noch nicht umgesetzt. In Essen heißt es nun, eine solche durch das Land sei „dringlich".

In der Stadt seien alle Systeme „bis an den Rand gefordert", sagt Björn Hermans, Leiter der Caritas Essen. Immer müsse das scheinbar Unmögliche möglich gemacht werden, damit die ganz normale Arbeit weitergehe. Zusätzliches gebe es grundsätzlich nicht. Beispiel Dolmetscherkosten: Die sozialen Träger brauchen für fast alle Tätigkeiten einen Übersetzer. Als kürzlich die Finanzierung von Seiten der Stadt unsicher war, wussten die Helfer nicht, wie sie am nächsten Tag weiterarbeiten sollten. Dann wurde ein Restbudget aufgetan. „Es ist immer kurz vor knapp", sagt Hermans. „Das Hemd ist immer zu kurz."

Auch er sorgt sich, dass die anerkannten Flüchtlinge nun alle in die gleichen Stadtteile ziehen und sich die Spaltung der Stadt verstärkt. Die Caritas betreibt ein „Begegnungsprojekt", das Flüchtlinge und Bewohner anderer Viertel zusammenbringen soll. „Nette Ansätze", sagt Hermans dazu, aber bei der gegenwärtigen Größenordnung seien die „homöopathisch". „Das geht alles nur mit Ressourcen, die nicht vorhanden sind."

Seine größte Sorge ist, dass die anerkannten Flüchtlinge zu lange unbeschäftigt in ihren Wohnungen bleiben. „Die Allermeisten wollen ganz dringend etwas tun. Aber nach ein bis zwei Jahren wird man bestimmte Gruppen nicht mehr aktivieren können." Hermans verweist auf die libanesische Community in der Stadt. Direkt neben dem Caritas-Hauptgebäude befindet sich das, was man in Essen als „Klein-Libanon" bezeichnet. Hier im nördlichen Teil der Innenstadt leben viele Libanesen, viele seit Jahrzehnten in Duldung. „Ausreisepflichtig" steht teilweise noch in den Ausweispapieren der Enkel derer, die einst nach Deutschland geflohen waren. Im April erst gab es Schwerverletzte bei einer Schießerei zwischen Libanesen. Die Clans sind für die meisten in Essen das Beispiel dafür, wie es keinesfalls laufen sollte mit der Integration.

„Bei denen dachten damals alle, die gehen schon wieder", sagt Peter Renzel (CDU). Die Stadt habe ihnen eine Unterkunft gegeben – und sie dann in Ruhe gelassen. Diesen Fehler dürfe man nun nicht wiederholen. Renzel ist Sozialdezernent Essens. Er sitzt im 14. Stock des spektakulär unansehnlichen Rathauses

mit Blick über die Stadt. Renzel unterstehen Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Schulverwaltung und Jobcenter. Bei ihm laufen also die Fäden beim Thema Integration zusammen, und auch Leute aus den anderen politischen Lagern bescheinigen ihm, angesichts der knappen Mittel einen guten Job zu machen.

Renzel spricht gerne von „Integrationsprozessen“, die es zu initiieren gelte, und kann regelrecht schwärmen von den vielen runden Tischen in den Stadtvierteln, der Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen und all den Reformen, die bereits angepackt wurden. Doch auch er sagt: „Die Anzahl der Leute bringt uns an die Grenzen unserer Möglichkeiten.“ Und doch wirbt er dafür, optimistisch zu bleiben. „Was bleibt auch sonst?“, schwingt da mit. Er sei „positiv gestimmt, dass wir das schaffen. Wir müssen das auch schaffen“, sagt er. Trotz der „horrenden“ finanziellen Beschränkungen Essens. Die Integration sei eine „Mammutaufgabe“, die ein, zwei Generationen brauchen werde, sagt er. Und warnt: „Was wir jetzt nicht tun, wird uns alles einholen.“ Dann könne man in zehn, fünfzehn Jahren die Scherben zusammenkehren. Die Stadt habe schon immer von der Einwanderung gelebt. Die Politik sei dafür verantwortlich, dass es keine Spaltung der Stadtgesellschaft gebe.

Manche sagen, die gebe es schon längst. In Essen beziehen rund 103 000 der etwa 589 000 Einwohner „existenzsichernde Leistungen“ wie Hartz IV. Die Quote steigt seit Jahren. Die allermeisten von ihnen leben im Norden der Stadt. Auf dem „Sozialatlas“ der Stadtverwaltung ist fast der gesamte Norden rot eingefärbt, der Süden bleibt hell. Als nun die provisorischen Flüchtlingszelte in den Norden gestellt werden sollten, regte sich dagegen Protest. In der Essener SPD führte das zu tiefen Gräben.

Wie die Quadratour des Kreises scheint der Versuch, das ureigene Klientel in den ärmeren Vierteln des Nordens zu bedienen und zugleich offen zu sein für die Verfolgten dieser Welt. Guido Reil, ein bekanntes SPD-Ratsmitglied, 25 Jahre lang Sozialdemokrat, zudem Bergmann im letzten Steinkohlewerk des Ruhrgebiets, rebellierte gegen die Flüchtlingspolitik – und lief zur AfD über. „Genug ist genug, Integration hat Grenzen, der Norden ist voll“, hieß im Januar ein Demonstrationsaufruf von SPD-Ortsvereinen im Norden Essens. Die Demonstration wurde dann abgesagt.

Martin Schlauch nennt diesen Aufruf „dämlich“. Sich gegen die temporäre Unterbringung in Zelten zu wenden sei überflüssig gewesen. Wichtig sei vielmehr, wo die Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung hinzögen. Das sei nun mal der Norden. Schlauchs Kernaussage ist: Wir sollten uns nicht nur auf die Flüchtlinge konzentrieren.

Schlauch ist 30 Jahre alt, mit 17 trat er in die SPD ein, seit 2014 sitzt er im Stadtrat. Stolz führt er durch sein Viertel Altenessen-Süd. Kleine Hochhäuser vor Schrebergartensiedlungen, dann wieder Blockbebauung. Bieder ist das oft, teilweise auch heruntergekommen. Dann ein Park, der eher einer Wildnis gleicht. Die Stadt habe, um Geld zu sparen, aufgegeben, ihn zu pflegen – und das Gebiet zu einem „Ökomodellprojekt“ erklärt, sagt Schlauch.

Altenessen-Süd weist in den städtischen Tabellen regelmäßig Werte auf, die Sorgen bereiten. So leben 46 Prozent der Kinder hier in einem Haushalt, der von Hartz IV abhängt. Dieser Wert steige seit Jahren signifikant, sagt Schlauch. Knapp 40 Prozent der Anwohner haben eine doppelte Staatsangehörigkeit oder nur eine ausländische – in Essen insgesamt sind es 24 Prozent. Schlauch kennt all die Zahlen – und deren Folgen. 85 der Schüler hier hätten keinen deutschen Pass, und bei denjenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit seien die Sprachkenntnisse oft auch nicht berauschend. An der Gesamtschule hier im Essener Norden betrage die Übergangsquote von Schülern von der Grundschule aufs Gymnasium 30 Prozent. Im Süden seien es über 80.

Aus der Sicht Schlauchs hat Essen kein Flüchtlings- und auch kein Ausländerproblem, sondern ein soziales Problem. „Wir haben einen ganz großen Block an Leuten, die resigniert haben.“ Schuld daran sei die Politik: Fehlender sozialer Wohnungsbau, fehlende Durchmischung. Kommen nun viele Flüchtlinge hinzu, sorgt er sich, dass sein Viertel wegkippt. „Nichts ist fataler, als dass die Menschen herumsitzen und nichts zu tun haben.“ Schlauch fordert, massiv in die betroffenen Viertel zu investieren, in Schulen und Sozialwohnungen, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. „Aber nicht nur für Flüchtlinge.“ Dann, sagt er, gebe es sogar die Chance, durch das „Vehikel Flüchtlinge“ alte Fehler zu korrigieren.

Der Autor ist Redakteur in der politischen Nachrichtenredaktion der F.A.Z.

BIST DU LEHRLING, BIST DU LEHRLING

Sollen die Flüchtlinge integriert werden, muss die Wirtschaft mitspielen. Das aber dauert lange – und kostet viel Geld. Zwei Beispiele aus Bayern.

VON SVEN ASTHEIMER

„Habe die Ehre“, sagt Walter Frey und lacht. Ein gutes Verkaufsgespräch beginne mit der passenden Ansprache des Kunden, sagt der Autohändler aus Gersthofen vor den Toren Augsburgs. So etwas, da ist sich Frey sicher, lerne man in keiner Schule: „Das lernt man nur im Betrieb.“ Asaad Al Azem kennt diese Sätze. Mehrere Wochen lang hat er hier ein Praktikum gemacht. In seinem früheren Leben war der 34 Jahre alte Syrer auch Autoverkäufer. In seiner Heimat und in Erbil, der Hauptstadt des kurdisch kontrollierten Teils im Irak. Dort habe er zehn Jahre lang für mehrere große Hersteller gearbeitet, zuletzt sei er mit 40 Mitarbeitern für Mitsubishi in ganz Kurdistan zuständig gewesen. Dennoch hat er im Frühjahr zusammen mit seiner Frau die Flucht ergriffen, kam über die Balkan-Route nach Deutschland.

Frey sagt, er könne sich gut in Asaads Lage hineinversetzen. Er sei schließlich selbst 1946 als Flüchtling aus dem Sudetenland nach Bayern gekommen. „Flüchtlinge hat noch nie jemand gewollt“, sagt er. Er habe sich dennoch sein Unternehmen mit drei Standorten und rund 30 Beschäftigten aus dem Nichts erarbeitet. „Es hat mich damals angespornt.“ Deshalb will er auch jetzt etwas tun angesichts Hunderttausender Flüchtlinge, die auf den deutschen Arbeitsmarkt strömen. „Es wäre beängstigend, wenn wir die jungen Leute nicht integrieren.“ Er sei wie ein Vater zu den Leuten, findet Frey, deshalb stelle er auch Forderungen. „Wer hier in Deutschland Fuß fassen will, den kann man nicht mit Samthandschuhen anfassen.“

Asaad weiß, was von ihm erwartet wird. Sein Führerschein aus Dubai ist hierzulande zwar anerkannt, aber er muss noch die Prüfung ablegen. Vor allem aber muss er Deutsch büffeln, obwohl er schon relativ gut spricht. 650 Deutsch-Stunden hat er seit Jahresbeginn bekommen. An die erste Praktikumsphase schließt sich ein Bewerbertraining an, danach kommt er zum zweiten Mal ins Autohaus Frey. Gerade hat Asaad einen Aufenthaltstitel für drei Jahre erhalten. „Wenn wir einen Platz für ihn haben, stellen wir ihn ein“, sagt Frey.

Der Syrer könnte einer von 20 000 sein, die von „Ida“ profitieren sollen. Die Abkürzung steht für Integration durch Arbeit, einer Kooperation von bayerischer Landesregierung, Arbeitsagentur und Wirtschaftsverbänden, die schon vor der großen Flüchtlingswelle gestartet wurde. Bertram Brossardt ist Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und einer der Initiatoren des Programms. Dafür hat sein Verband 6,7 Millionen Euro in die Hand genommen, das Gesamtvolumen beträgt bis zu 20 Millionen. Deshalb ärgern ihn pauschale Vorwürfe, „die“ Wirtschaft tue zu wenig für die Flüchtlinge. „Die Öffnung war eine politische Entscheidung, und wir haben damals schon gesagt, dass kurzfristig höchstens zehn Prozent in den Arbeitsmarkt integriert werden können.“ Mittelfristig sieht er bei den Jüngeren gute Chancen, bei Älteren wird es schwierig. In dieser Deutlichkeit hätte er sich das auch von anderer Stelle gewünscht, sagt Brossardt mit Blick auf überzogene Vorstellungen aus Politik und Wirtschaft aus dem vergangenen Jahr, als von einem zweiten Wirtschaftswunder durch Flüchtlinge die Rede war.

Heute zeigt sich die Größe der Aufgabe. „Es dauert lange und kostet viel Geld“, fasst Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, die Aussichten zusammen. Bis zum Jahresende werden wohl 350 000 arbeitslose Flüchtlinge in seiner Statistik auftauchen, Tendenz steigend.

In Bayern hat man einen langen Atem. „Nach einem Jahr kann man sagen, auch wenn es am Anfang chaotisch war, haben wir uns beachtlich geschlagen“, so Brossardt. Wahrscheinlich werde man das Ziel bis Jahresende deutlich übererfüllen und bis zu 35 000 Flüchtlinge in Arbeit oder Ausbildung bringen, selbst wenn viele keine Dokumente über Schul- und Berufsausbildung vorweisen können.

Auch Dickson Ominyi kann nur erzählen, dass er in Nigeria verschiedene Jobs erledigt hat, nachdem er zwölf Jahre zur Schule gegangen sei. Unter anderem habe er auch sechs Jahre als Elektriker gearbeitet, erzählt der 29 Jahre alte Mann. Dickson ist Christ und lebte im muslimisch dominierten Norden des Landes. Sein Vater und sein Bruder seien wegen ihres Glaubens getötet worden. Deshalb floh er im Sommer 2014 von dort. Jetzt lebt er in einer Einrichtung in Taufkirchen bei München. Sein Asylverfahren läuft noch, er hat eine Aufenthaltsgestattung.

Anfang September hat Dickson eine Einstiegsqualifizierung bei der Kuhn Elektro-Technik GmbH in München begonnen. Dieses Förderinstrument soll Jugendliche reif für eine Ausbildung machen und kommt bei Flüchtlingen häufig zum Einsatz. Wenn es gut läuft, könnte das Ganze nach einem Jahr in eine Ausbildung zum Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik münden. Geschäftsführer Florian Kuhn hat Erfahrung mit der Integration von Flüchtlingen. Sein Vater stellte vor fast zwanzig Jahren den ersten ein; heute haben unter den rund 100 Beschäftigten sechs einen Migrationshintergrund. „Die Loyalität bei Flüchtlingen ist sehr hoch – das kann man für Geld nicht kaufen“, so Kuhn. Er will nur Pünktlichkeit und Disziplin, den Rest bringe man den Menschen schon bei. Die meisten seien froh, wenn sie mal für 40 Stunden in der Woche nicht als Flüchtlinge behandelt werden, glaubt Kuhn. Ansonsten gelte die Regel: „Bist du Lehrling, bist du Lehrling.“ Keine Ausnahmen.

Der Autor ist Redakteur im Wirtschaftsressort der F.A.Z.

WENN DIE GEFAHR NÄHER KOMMT

Die Anschläge in den europäischen Nachbarländern haben die Deutschen verunsichert. Viele fragen sich: Importieren Flüchtlinge die Gewalt?

VON ECKART LOHSE

Vor 15 Jahren bekamen die Deutschen einen völlig neuen Begriff von terroristischer Bedrohung. Terror im eigenen Lande war bis dahin der Terror der RAF, Terror von links, Terror, der nicht willkürlich größere Bevölkerungsgruppen traf, sondern gezielt Mitglieder der politischen oder wirtschaftlichen Elite. Wer nicht zu dieser Elite gehörte – und sei es als Fahrer –, konnte leidlich sicher sein, vom Terror nicht getroffen zu werden.

Dann wurden ausgerechnet in Deutschland jene Anschläge vom 11. September 2001 vorbereitet, die zum Inbegriff der Bedrohung der westlichen Welt durch den islamistischen Terrorismus wurden. Unbemerkt von den deutschen Geheimdiensten, wurde in Hamburg die Zerstörung des World Trade Center geplant. Zwar hatte es in anderen Teilen der Welt längst islamistische Angriffe gegeben, für die meisten Deutschen war es aber eine neue Erfahrung.

Die Politik reagierte sofort und sehr entschlossen. Eine rot-grüne Bundesregierung verschärfte die Sicherheitsgesetze, ohne zu zögern; der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder legte ein Solidaritätsversprechen gegenüber dem getroffenen Verbündeten Amerika ab. Deutschland hatte den islamistischen Terror als Bedrohung angenommen.

Seither hat das Gefühl, bedroht zu werden, immer weiter zugenommen. Dabei sind wir lange Zeit verschont geblieben. Anschläge wurden geplant, doch keiner wurde vollendet. Die Pläne der Sauerland-Gruppe wurden durch Hinweise des amerikanischen Geheimdienstes frühzeitig entdeckt und konnten rechtzeitig durchkreuzt werden. Andere Anschlagsversuche scheiterten aus technischen Gründen, etwa weil Sprengladungen nicht explodierten.

Doch die Sorge, Opfer eines Anschlags zu werden, wuchs gleichwohl. Die Mehrzahl der Politiker wollte sich auf keinen Fall dem Vorwurf aussetzen, eine Gefahr unterschätzt und zu wenig getan zu haben. Zwischen 2001 und heute steigerten die Verantwortlichen ihre Rhetorik. Hieß es anfangs, Deutschland könne auch von einem schweren Anschlag mit vielen Toten getroffen werden, so wird dieses inzwischen von der Bundesregierung fast als sicher, nur der Zeitpunkt als ungewiss dargestellt. Die Angst ist so stark gewachsen, dass eine rechtskonservative Partei mit xenophober Rhetorik und der Warnung vor der Bedrohung durch islamistische Gewalttäter auf bundesweite Umfragewerte von zehn Prozent kommt.

Dass die Angst so wächst, obwohl es bislang so wenige Opfer gab, liegt auch an den zahlreichen Attentaten von Islamisten in den europäischen Nachbarländern. Nach „9/11“ wurden Großbritannien und Spanien schwer getroffen, in jüngerer Zeit vor allem Deutschlands engster Partner Frankreich. Selbst das so viel kleinere Belgien hat weit mehr Opfer durch islamistischen Terror zu beklagen. Auch in den Vereinigten Staaten gab es immer wieder Anschläge mit Todesopfern.

Noch mehr verschiebt sich die Perspektive, wenn man von Deutschland aus nach Südosten blickt. Vor allem die Türkei leidet enorm unter Anschlägen mit vielen Toten, zum Teil von Islamisten verübt, zum Teil allerdings auch von der kurdisch-separatistischen PKK. Vor allem aber sterben Menschen in Ländern des Nahen Ostens, im Irak und in Syrien, durch islamistische Anschläge. Seit einiger Zeit werden sie verstärkt von dem „Islamischen Staat“ verübt.

Für die Islamisten ist es natürlich schwieriger, Anschläge in der Ferne, in Amerika oder Europa, zu planen und auszuführen. Sie tun es dennoch, um dem Westen zu zeigen, welch langen Arm sie haben. Jeder Anschlag schließt die Botschaft ein, dass eine Einmischung in den Krisen- und Kriegsregionen des Nahen Ostens Auswirkungen bis nach New York, Brüssel und Paris haben kann.

Oder bis nach Ansbach und Würzburg. Dort wurden knapp 15 Jahre nach „9/11“ erstmals auf deutschem Boden Menschen zu Opfern islamistischer Terroristen. Glücklicherweise starben nur die Täter und keines ihrer Opfer. Dennoch ist die Botschaft, dass auch Deutschland im Visier der Islamisten ist, noch nie so klargeworden wie durch diese beiden Taten.

In den Nachbarländern Frankreich und Belgien wurden die Anschläge von Islamisten begangen, die lange im Land lebten und die Landessprache sprachen. Zwei Merkmale einer Integration immerhin. Die Täter von Ansbach und Würzburg standen nach bisherigen Ermittlungen im Kontakt mit dem IS, wurden sogar bis unmittelbar zur Tat von einer Kontaktperson aus dem Nahen Osten gesteuert. Sie waren erst seit kurzer Zeit in Deutschland, waren als Asylsuchende hierhergekommen. Zwar hatte vor allem der Mann, der in einem Vorortzug bei Würzburg mit einer Axt auf Passagiere einschlug, schon erste Merkmale einer gelingenden Integration gezeigt. Er hatte immerhin bei einer Familie gewohnt. Doch im Vergleich zu den Tätern von Paris, Nizza oder Brüssel waren beide Täter so gut wie gar nicht in Deutschland integriert.

Es könnte sich also um eine neue Art von Tätern handeln. Zwar sollte die terroristische Gefahr nicht überbewertet werden, die durch die große Zahl von Flüchtlingen mit nach Deutschland gekommen ist. Das Gegenteil wäre aber ebenso fahrlässig. Es ist also wichtig, dass Politik und Behörden nicht nur die klassischen Sicherheitsgesetze verschärfen, sondern auch darauf achten, dass Integration nicht auf solche Weise massenhaft scheitert, wie es in Frankreich und Belgien geschehen ist.

Der Autor ist politischer Korrespondent der F.A.Z. in Berlin.

Dass die Deutschen über Einwanderung nicht rational diskutieren können, an diesem Befund haben die jüngsten Flüchtlingswellen nichts Wesentliches geändert. Noch immer steht da die Gesundbeterei gegen die Dramatisierung der mit dem Einwanderungsdruck verbundenen Probleme (im Bild rechts: Hangar des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin, wo eine Erstaufnahmeeinrichtung geplant war). Natürlich hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte bei diesem Thema eine andere grundsätzliche Ausrichtung als die meisten anderen EU-Staaten, die zur fortgesetzten Aufnahme von nennenswerten Kontingenten an Asylbewerbern und anderen Migranten nicht bereit sind (im Bild oben: EU-Gipfel in Brüssel am 25. Oktober 2015). Sie wollen sich keine Probleme holen, deren Bewältigung schon so viele überfordert hat. Bleibt zur Verringerung der Flüchtlingszahlen nur ein Geschäft mit der so labilen Türkei.

Foto dpa, Gregor Fischer (rechts)

IM SELBEN BOOT? ODER NICHT?

DER STIMMZETTEL ALS LOTTOSCHEIN

Können die traditionellen Parteien am Ende von der AfD noch etwas lernen? VON KARL-RUDOLF KORTE

Schon immer war Politik medienvermittelt. Daran hat sich strukturell etwas verändert. Denn die neuen Medien fördern Konjunkturen des Verdachts. Sie füllen Echokammern von Gleichgesinnten. Moralischer Autismus bleibt unter sich. Wer so lebt, ist nicht mehr zugänglich für Argumente, sondern nur noch für Bestätigung. Die Sehnsucht danach nimmt zu, wenn alles global undurchschaubar und unsicher erscheint. Irgendjemand sollte dann Schuld haben. Idealerweise die etablierte Politik mit all ihren Strukturen, Formaten, der besonderen Sprache und den bekannten Politikern.

Empirische Fakten haben das Weltbild solcher Wähler noch nie gestört. Unter den Voraussetzungen moderner Kommunikation scheint das Zeitalter der Fakten vorbei zu sein. Die Herrschaft der inneren Widersprüche dominiert auf dem Wählermarkt. Die Wahlforschung kennt schon lange kognitive Dissonanzen beim Wähler, der versucht, unterschiedliche Einstellungen und Meinungen, die nicht miteinander zu vereinbaren sind, in Wahlstimmen zu übersetzen. Protestparteien eignen sich hervorragend, um solche stabilen Ambivalenzen auszuleben.

Die AfD ist eine zukunftsängstliche Empörungsbewegung, die es geschafft hat, soziale Unzufriedenheit und kulturelles Unbehagen zu bündeln. Die Flüchtlingsthematik ist der Begriffscontainer dieser Protestpartei. Darin bündeln sich die Widersprüche, was vor allem in Mecklenburg-Vorpommern zu studieren war. In diesem Bundesland gibt es objektiv Wohlfahrtsgewinne und minimalste Begegnungschancen sowohl mit Flüchtlingen als auch mit dem Islam. Dennoch wurden diese Themen angstbesetzt zum Wahlkampfschlager und Mobilisierungsgaranten. Diese Wirklichkeitsverweigerung ist absolut legitim, stellt jedoch sowohl die Wahl- und Parteienforschung als auch insgesamt die Demokratie vor komplett neue Herausforderungen. Denn auf Protest kann man reagieren. Er ist existentiell für die Dynamik von Demokratien. Aber wie erreicht man mit Argumenten Menschen in Echokammern? Wie rational kann man der neuen Irrationalität begegnen?

Neue Konstellationen deuten sich auch an, wenn in Viel-Parteien-Parlamenten traditionelle Bündnisse nicht mehr Garanten für Mehrheiten sind. Denn die Wähler entscheiden im nächsten Jahr nicht über die Zusammensetzung der kommenden Bundesregierung. Diese Wahl treffen allein die Parteien. Denn je koalitionsoffener sie agieren, desto wahrscheinlicher tragen sie die neue Regierung. Nur mit der AfD will niemand koalieren. Alle anderen sind bereit für bunte und Viel-Parteien-Koalitionen. Die Union ist in optimaler Weise multikoalitionsfähig. Sie kann doppelt in einem erwartbaren Sechs-Partei-

en-Parlament siegen: als stärkste Fraktion und in der Schlüsselposition für die Regierungsbildung. Gute Wahlergebnisse sind nicht mehr entscheidend, um mitregieren zu können. Wichtiger ist, die Koalitionsoptionen pragmatisch möglichst offen zu halten. Mehrheiten können sich mit einer „Obama-Strategie“ ergeben: durch das Sammeln von Minderheiten.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl 2017 erinnert das gegenwärtige Szenario zunächst an die Situation von 2009. Solche Sonderformate des Regierens führen unweigerlich zum Ausfransen an den politischen Rändern. Sie schwächen die Großen und stärken die Kleinen. Keine Partei wird sich vorab in einseitige Koalitionsaussagen verstricken. Für die Wähler wird der Stimmzettel so zum Lotterieschein. Denn wer zukünftig nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich auf dem Koalitionsmarkt tummeln.

Sollte die Bundeskanzlerin Angela Merkel zum vierten Mal kandidieren, dann lautet die Wählerfrage: Merkel plus X? Ihr Popularitätspanzer ist seit September 2015 erodiert. Offene Grenzen und globaler Einwanderungsdruck werden ihr von vielen Wählern persönlich angelastet. Aus dem Kanzler-Bonus ist ein Merkel-Malus geworden.

Deutlich abweichend vom herkömmlichen Spiel der Koalitionäre stellt sich der Parteienwettbewerb seit dem vergangenen Jahr dar. Das Zeitklima des Wählens hat sich seit der letzten Bundestagswahl grundlegend gewandelt. Parteien sind ein Abbild der Gesellschaft. Die Angst vor Entgrenzung steigt. Globalisierung hat im Moment einen schlechten Lauf. Eine Sehnsucht nach Begrenzung, nach normativer Übersichtlichkeit ergreift die politische Mitte.

Noch immer gruppiert sich das Parteiensystem in Deutschland um drei große Konfliktlinien in der Gesellschaft: Entscheidende Fragen sind erstens die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zweitens kulturelle Differenzen der politischen Partizipation und drittens das relative Gewicht von Staat und Markt. Doch 2017 kommt noch eine vierte wichtige Konfliktlinie wirkungsmächtig neu hinzu, die bereits die letzten Landtagswahlergebnisse bestimmte. Es ist das ideologische Konfliktpotential zwischen kosmopolitischen und kommunitarischen Werten.

Dies beschreibt das Spannungsfeld zwischen Gobalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern. Die AfD vertritt bisher diese Interessen der Globalisierungsverängstigten, die sich im Protest mobilisieren lassen. Die AfD ist Unmutsaufsauger und Frustventil dieser Verunsicherten. Alle anderen Parteien bieten im Moment nur geringe Ankerpunkte.

Das Parteiensystem ist in Deutschland extrem dynamisch. Schließen traditionelle Parteien machtarrogant bestimmte Themen aus – wie vor einiger Zeit die Dimension digitaler Lebenswelten –, entstehen neue Parteien, sogenannte Defizitparteien. Um auf dem Wählermarkt zu punkten, holen die anderen Parteien aber relativ zügig auf. Sie surfen auf den Erfolgswellen der neuen Partei. Sie sind Themendiebe. Parteien sind zudem extrem lernfähig.

Anders als bei den Piraten als Typus einer Defizitpartei gibt es im Umgang mit den Erfolgen der AfD jedoch weitaus höhere Hürden und komplexere Lernkurven, um die Erfolgsthemen der AfD zu übernehmen. Da ist zunächst in Teilen rechtsradikales, antisemitisches, völkisches Gedankengut, was keine etablierte Partei übernehmen wird. Da finden sich Volksverhetzung und Gewaltaufrufe, für die das Strafrecht gilt. Hier zeigen sich die traditionellen Parteien geschlossen abwehrbereit.

Lernen können die anderen Parteien jedoch vom Duktus, in Alternativen zu denken. Wieso gab und gibt es angeblich keine Alternativen zum Euro-Rettungs-Kurs? Wieso können einige EU-Länder Grenzen schließen und andere nicht? Wieso lassen sich nicht Lösungen anbieten, die unbegrenzte Freizügigkeit von Personen einhegen? Wieso werden Bürgermeister überhört, die mit der Gettobildung durch Migranten überfordert sind?

Weitere Erfolge der AfD werden maßgeblich vom Agieren der anderen Parteien abhängig sein. Und da gibt es aktuell viel zu beobachten. Das gilt vor allem für moralische Höhenflüge der Mitte-Parteien. Wer das in großen Teilen antipluralistische Programm der AfD kritisierte, tat dies bislang immer im Gestus des Besserwissers. Populistische Parteien sind nicht nur antielitär: „Wir gegen oben!“ Sie sind auch antipluralistisch, weil sie das „Wir“ immer nur auf sich selbst beziehen. „Wir“ bedeutet danach der wahre Volkswille. Doch auch liberale Demokraten, die das offene Gesellschaftsmodell verteidigen, verfallen ebenso oft in moralisch abgrenzende Kategorien, die herablassend auf protestbereite Wähler wirken. So sollte der Satz „Wir schaffen das“ die gleiche moralische Qualität haben wie die Umkehrung „Wir schaffen das nicht“.

Wer politische Alternativen nicht denkt, stärkt die AfD. Dass sich alle Alternativen nur im Kontext des Grundgesetzes und damit der Menschenwürde bewegen, begrenzt normativ den Gedankenraum, aber sicher nicht die politische Lernkurve. Im Moment ist spürbar, wie sich das neue Denken in Alternativen, ohne Hypermoral der Gutmenschen, ausbreitet. Die etablierten Parteien übernehmen keineswegs das antipluralistische Freund-Feind-Denken der AfD, aber die etablierten Parteien prüfen – vor allem in den Landtagen – ihre Standpunkte, sie suchen den politischen Streit.

Die AfD-Wähler aus der Mittelschicht sind emotional verlässlich. Ihre Mitglieder sind robust im Aushalten von Konflikten. Diese Partei wird gewählt, obwohl das Personal weitgehend unbekannt ist, das Programm widersprüchlich daherkommt. Sie lebt von der Provokation der anderen Parteien, die ihr fast täglich auch diesen Gefallen tun. Die AfD agiert mit fliegenden Zielen, je nachdem, womit man Tabubrüche spontan erzielen kann.

Die AfD agiert nicht nur auf den Wellen einer antielitären Wut, nutzt einen antipluralistischen Impuls, sie definiert auch, wer drinnen und wer draußen sein sollte, wer dazugehört und wer nicht. Bei den bislang etablierten Parteien sind die Guten immer die Europäer, die Schlechten sind diejenigen, welche Halt im Nationalen suchen. Aber auch diese Arroganz der moralisierten Mitte, die Heimatverbundenheit als rückständig kritisiert, verliert Stück für Stück an Wirkungsmacht. Das spricht nicht gegen gute Gründe einer europäischen Vergemeinschaftung. Doch die etablierten Parteien versuchen, verlorengegangenes Terrain zurückzuerobern und mit den Themen sozialer sowie innerer Sicherheit nationale Kompetenzfelder zu besetzen. Das sind angemessene Antworten auf einen Beschleunigungsschub. So könnte es den etablierten Parteien gelingen, Wählern eine Heimat abseits des Protests zu bieten.

Offene Gesellschaften brauchen Alternativen, über die laut gestritten werden muss – auch über unplausible Argumente. Jeder Konflikt schwächt die AfD, wenn Alternativen zwischen Inländern und Inländern diskutiert werden. Die AfD könnte im fluiden Parteiensystem an Zustimmung verlieren, nicht durch die Anbiederung oder therapeutische Hilfsversuche der anderen Parteien, die Angst-Mitte zu verstehen, sondern durch Abrüsten des moralischen Hochmuts. Voraussetzung bleibt allerdings, dass sich die potentielle Wählerklientel überhaupt noch einer öffentlichen Auseinandersetzung stellt.

Der Parteienwettbewerb 2017 wird dosiert ideologischer und polarisierter zu den zentralen Themen der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit ausfallen als bei der letzten Wahl. Das Gesellschaftsmodell ist für viele spürbar von innen und außen unter Druck geraten. Demokratischer Trotz mobilisiert. Das kann engagierter, profilierter, lagerzentrierter und lauter erfolgen, ohne jedoch die Problematik möglicher Bündnisse auszublenden. Die Wähler spielen bei allen Modellen einer zukünftigen Regierung nur eine sehr marginale Rolle. Aber das ist der Preis, der anfällt, wenn der Parteienwettbewerb bunter, mobiler und koalitionsoffener geworden ist.

Der Autor ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

„DEUTSCHLAND WIRD IM

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, gibt Auskunft: über die Flüchtlingskrise und ihre Konsequenzen, Deutschlands Rolle in Europa, den Zustand der EU und das Brexit-Votum.

Herr Präsident, das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich ist ein schwerer Schlag. Beginnt jetzt die Rückabwicklung der EU?
Nein. Ich glaube, dass die 27 zusammenrücken werden. Dennoch ist die Situation schwierig und gefährlich.

Gefährlich? Fürchten Sie Nachahmer?
Zur allgemeinen Überraschung ist in den Ländern, in denen es Nachahmungsbefürchtungen gab, plötzlich die Zustimmung zur EU gestiegen, etwa in Dänemark.

Zeigt sich hier ein Abschreckungseffekt?
Das könnte so sein. Wenn die Leute sehen, welche Risiken es mit sich bringt, den größten Wirtschaftsraum der Welt zu verlassen, werden sie vorsichtiger. Dennoch müssen wir nüchtern feststellen: Großbritannien ist ein G-7-Staat, die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Ohne Britannien ist die EU schwächer. Umgekehrt muss man fragen: Warum ist es ein G-7-Staat und die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa? Weil es ungehinderten Zugang zum europäischen Markt hat und auf dieser Basis weltweit Handel treibt. Der Brexit bedeutet: Wir alle verlieren!

Was ist denn Ihre Analyse der Motive der Brexit-Wähler?
Viele Dinge spielten da mit. Großbritannien ist nie vollständig integriertes Mitglied der EU gewesen; die Briten wollten das einfach nicht. Dann gibt es eine tiefe Entfremdung eines Teils der Bevölkerung gegenüber Kontinentaleuropa, das mit dem Brüsseler Europa gleichgesetzt wird. Und wir haben bestimmte Entwicklungen einfach unterschätzt. Die Interpretation jedoch, die Bürokratie in Brüssel sei daran schuld, dass die Leute für den Brexit gestimmt haben, halte ich für falsch. Für den Brexit haben Leute aus unterschiedlichen Gründen gestimmt.

Wähler, die wütend sind, die genug haben von Globalisierung, EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Was folgt politisch daraus?
Sie haben recht. Ein großer Teil dieser Wutausbrüche und der allgemeinen Verunsicherung hängt mit der Globalisierung zusammen. Die Konsequenz? Wir brauchen einen Dreiklang im Erklären und im Handeln. Erstens: Wir müssen den Leuten offen sagen, dass die Globalisierung nun mal existiert und dass diejenigen, die ihnen erzählen, man könne sie durch Renationalisierung aufhalten, nicht die Wahrheit sagen. Zweitens: Die Globalisierung bringt Vorteile und Risiken; das muss man offen ansprechen. Drittens: Die breite Mitte unserer Gesellschaften, ob in Deutschland, Großbritannien oder Italien, fühlt sich bedroht; diese Bedrohungen sind real. Derjenige, der diese Bedrohung ausspricht, wird deswegen nicht gleich zum Antieuropäer oder Globalisierungsgegner, sondern trägt nur berechtigte Sorgen vor. Er hat Anspruch darauf, dass die Politiker ihn ernst nehmen und Vorschläge machen, wie man damit fertig werden kann. Europa kann ein Instrument zur Lösung sein. Viele Menschen aber glauben, Europa sei die Ursache. Die müssen wir davon überzeugen, dass es ein Mittel zur Bewältigung der Probleme ist.

Drastisch formuliert: Viele Leute haben zwar die Schnauze voll von „mehr Europa“, aber die Therapie lautet „mehr Europa“?
Die Leute haben nicht die Schnauze voll von „mehr Europa“, sie haben die Schnauze voll von diesem Europa. Ich glaube, die Leute wollen ein anderes Europa. Eine kleine Minderheit sind Nationalisten, die große Mehrheit hält die Kooperation von Nationen und Staaten, über Grenzen hinweg, für sinnvoll.

Einen europäischen Staat wollen die Leute aber nicht.
Den muss man auch nicht haben. Ich habe auch nie für den europäischen Bundesstaat plädiert. Was wir brauchen, ist ein vertiefter Bund souveräner Staaten; dazu gehört eine präzise Kompetenzordnung, die wir in dieser Form nicht haben. Brüssel muss nicht alles machen, sondern sich um die großen Themen kümmern, anderes kann besser auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene angepackt werden. Aber bestimmte Sachverhalte können nun mal nicht mehr national gesteuert werden.

Wer sagt in Europa, wo es langgehen soll? Rat, Parlament, die deutsche Kanzlerin?
Die EU ist so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es wollen. Sie bilden diese Union. Deshalb haben am Ende die Mitgliedstaaten und ihre Regierungschefs das Sagen; die müssen sich Europa wirklich zu eigen machen. Was Deutschland betrifft, so ist das Land geographisch und politisch, gerade nach dem Brexit, in einer zentralen Rolle.

Aber Hegemon ist es nicht.
Nein. Die europäische Integration ist, historisch gesehen, eine doppelte Absage: eine Absage an deutsche Hegemonie und eine an die Kommunisten. Beides ist über einen langen Zeitraum gelungen. Die Einführung des

Illustrationen: Nina Simon

STICH GELASSEN“

Euros und Kohls Politik, Deutschland nach der Einheit in eine Währungsunion einzubetten, um eine zu starke Dominanz der D-Mark zu verhindern, waren richtige Entscheidungen. Die unausgewogene Entwicklung in der Euro-Zone führt allerdings zu einem ökonomischen Übergewicht Deutschlands, das wir politisch managen müssen.

Und der moralische Imperialismus?
Ich verstehe Ihre Frage, aber ich stimme dem nicht zu. Ich habe es nicht für moralischen Imperialismus gehalten, was Angela Merkel vor einem Jahr gesagt hat. Das war richtig, und es ist richtig, dass die Bundesrepublik als größtes Mitgliedsland der EU den größten Anteil bei der Bewältigung der Migrationsprobleme leisten muss. In dieser Frage übt Deutschland nicht etwa moralischen Imperialismus aus, sondern wird im Stich gelassen.

Deutschland will und kann nicht Hegemon sein, aber deutsche Führung gilt als unverzichtbar. Wie soll die aussehen?
Es war klug, dass wir die deutsch-französische Achse um Italien erweitern. Es wäre klug, das Weimarer Dreieck wieder mit Leben zu füllen, sofern das mit der gegenwärtigen polnischen Regierung möglich ist. Die traditionelle deutsch-französische Achse ist unverzichtbar, aber sie muss ergänzt werden.

Obwohl Frankreich im Moment ausfällt?
Frankreich ist immer noch Frankreich, ob es von Nicolas Sarkozy regiert wird oder von François Hollande. Machen wir uns keine Illusionen. Selbst wenn Angela Merkel in den Meinungsumfragen in Deutschland ganz schlecht abschnitte, träte sie in Brüssel dennoch als deutsche Bundeskanzlerin auf, und da spielen Umfragen keine Rolle. Die deutsch-französische Achse ist unverzichtbar, aber sie allein reicht nicht. Deutschland ist geographisch und damit auch politisch der ökonomische Block von 82 Millionen in der Mitte des Kontinents; es ist das Relais zwischen Nord und Süd und Ost und West. Deshalb können die Deutschen dem Schicksal, die Führungsnation in Europa zu sein, nicht entfliehen. Aber wenn man dieses Relais ist, müssen wir die Teile mitnehmen: Deutschland,Frankreich, Polen, Visegrád, Italien als Brückenstaat im Mittelmeerraum. Wir müssen neues System dialoger Kooperationsformen finden. Und wir brauchen eine Kompetenzordnung, die darlegt, wer macht was. Das ist für Deutschland besonders wichtig. Denn wenn es zur Erosion kommt, weil die Leute nicht mehr erkennen können, wer verantwortlich ist, und sich fremdbestimmt fühlen, dann könnte es tatsächlich gefährlich werden für die EU. Darin liegt ein großes ökonomisches Risiko für Deutschland.

Frau Merkel hat keinen Einfluss in Europa verloren wegen ihrer Flüchtlingspolitik? „Queen of Europe“ ist sie nicht mehr.

Ich weiß nicht, ob sie das je gewesen ist. Denken Sie etwa an die Schuldenkrise. Ich musste Frau Merkel im griechischen Parlament gegen Nazi-Vergleiche verteidigen. „Queen of Europe“ war Deutschland, weil es die ökonomische und finanzpolitische Führungsmacht war und den Anspruch formulierte: Wir garantieren, wir zahlen, aber wir wollen auch entsprechende Kriterien mit definieren. In einigen Ländern sah man sie keineswegs als „Queen of Europe“. Heute wird Deutschland in anderen europäischen Ländern von anderen Gruppen unterstützt, von denen, die damals gesagt hatten, das ist Nazi-Diktatur, und heute sagen: Ohne die Deutschen wären wir nicht da, wo wir sind. In Staaten, die Deutschland gefeiert haben, wird sie heute kritisiert.

Hat sich ihre Rolle in der EU nicht geändert? Merkel tritt heute eher als Suchende auf, weniger als Bestimmende.

Man kann die Europa-Politik nicht auf die Flüchtlingspolitik reduzieren. In der Brexit-Frage ist Angela Merkel die führende Kraft. Es geht gar nicht anders.

Wird man bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit den Briten entgegenkommen? Oder bleibt es bei dem Dogma Freizügigkeit?
Sie können in einem Binnenmarkt von 500 Millionen Menschen, in dem Sie die totale Freizügigkeit von Dienstleistungen, Kapital und Waren haben, die Personenfreizügigkeit nicht einschränken. Das geht gar nicht. Die Freizügigkeit im Rahmen des Binnenmarktes und die Freizügigkeit zur Einwanderung in ein Sozialsystem sind allerdings zwei verschiedene Dinge. Bei der Freizügigkeit zur Einwanderung in ein Sozialsystem heißt die Antwort: nein. Dass die Engländer hier Vorbehalte haben, kann ich verstehen, aber nicht die gegenüber den jungen, gutausgebildeten Polen und Balten, die nach Großbritannien gekommen sind, von denen es profitiert hat und die jetzt irgendwie am Pranger stehen.

Aber viele Engländer haben offenkundig ein Gefühl der Überfremdung.
Die jungen Polen in London oder Manchester, die als IT-Spezialisten gekommen sind, sind nicht das Problem. Die Brexit-Debatte über die Einwanderer war am heftigsten in Regionen, in denen es gar keine gibt. Was es gibt, ist ein starker Stadt/Land-Gegensatz.

Dieser Gegensatz zwischen kosmopolitisch und nichtkosmopolitisch Orientierten ist ja auch für Ihre Partei ein großes Problem.
Ein ganz großes Problem.

In Osteuropa und im Baltikum ist keine Bereitschaft zu erkennen, Flüchtlinge aufzunehmen. Wie wollen Sie in der Frage der Quoten und Kontingente weiterkommen?
Zunächst einmal: Der Beschluss zur Verteilung wurde auf der Grundlage des Lissabon-Vertrages getroffen, regelkonform und mit qualifizierter Mehrheit.

Aber der Beschluss wurde nicht ausgeführt.
Nein, und das ist bedauerlich und problematisch. Der Quoten-Beschluss ist auf der Grundlage einer Regel gefasst worden, mit qualifizierter Mehrheit. Auch die Haushalte der EU werden mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Das wird nie in Frage gestellt. Aber der Quoten-Beschluss schon! Einige Mitgliedstaaten, Ungarn und Polen zum Beispiel, akzeptieren ihn nicht und sagen „Wir sind überstimmt worden, damit ist das für uns nicht bindend“. Das ist ein grundsätzliches Infragestellen der Europa-Politik. Stellen wir uns vor, wir würden das jetzt auf anderen Feldern machen, in der Struktur- und Regionalpolitik. Was würde da geschehen? Nein, wir müssen zu den Regeln zurück.

Beim Referendum im Oktober in Ungarn werden die Wähler gefragt, ob sie es akzeptieren, wenn Ungarns Parlament nicht an der Entscheidung über Quoten beteiligt wird.
Wenn mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, bedarf es keines Parlamentsbeschlusses mehr. Wenn der Gesetzgebungsprozess der EU unter den Ratifizierungsvorbehalt nationaler Parlamente gestellt wird, können wir den Laden dichtmachen. Ungarn hätte 1920 Flüchtlinge aufnehmen müssen, 1920 von 160 000. Wenn das nicht mehr geht, kriegen wir die Flüchtlingsströme nicht geregelt. Und was die Arbeitnehmerfreizügigkeit angeht: Es ist schon merkwürdig, dass die Länder, deren Bürgerinnen und Bürger von der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa massiv Gebrauch machen, die Gleichen sind, die mit der Migration nach Europa nichts zu tun haben wollen.

Fortsetzung nächste Seite

Sie haben kein Verständnis für die Argumente dieser Länder?
Doch, das habe ich. Es gibt Argumente, über die man nachdenken muss. Aber ich kann nicht akzeptieren, wenn gesagt wird: „Wir sind ein katholisches Land, Muslime haben darin keinen Platz." Das widerspricht fundamental der von allen ratifizierten Grundrechtecharta. Sie ist Vertragsbestandteil und schließt ein Diskriminierungsverbot ein. Trotzdem habe ich Verständnis dafür, dass Länder sich überfordert fühlen, deren Bürger ungeheure Veränderungen erlebt haben. Deswegen muss man darüber verhandeln, welches Land unter welchen Bedingungen wie viele Leute aufnehmen kann. Aber wie der ungarische Ministerpräsident zu sagen, die Flüchtlingskrise sei ein deutsches Problem, ist ein starkes Stück.

Als Folge der Flüchtlingskrise erstarken rechte, rechtspopulistische Parteien.
Den Populismus und rechtsextreme Parteien gab es schon vorher. Denken Sie an die Erfolge der FPÖ unter Haider vor 15 Jahren. Verstärkt wird jetzt aber die Mischung aus Angst vor der Zukunft, vor Abstieg und vor Verlust einer als sicher geglaubten Lebensgrundlage und dem Zweifel, ob die politischen Akteure und Institutionen noch in der Lage sind, die Zukunft zu meistern. Angst ist jedoch ein schlechter Ratgeber und führt zu angstbesetztem Handeln, etwa in der Wahlkabine. Die Konjunkturritter der Angst sind diejenigen, die für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung haben.

Was tun Sie dagegen?
Konkrete Lösungen anbieten. Das beginnt damit, das berechtigte Äußern von Angst nicht zu ignorieren. Wenn mir jemand sagt „Ich habe Angst", dann muss ich auf ihn zugehen und sagen: Ich verstehe dich. Man muss dann aber auch über Ursachen reden. Warum haben die Leute Angst? Dann wird man relativ schnell zu konkreten Lösungen kommen.

Zerreißt es die SPD wegen der Antworten, die es darauf gibt oder die es nicht gibt?
Nein, aber natürlich gibt es zentrifugale Bewegungen.

Haben nicht auch Politiker Angst, etwa davor, mit der AfD in einen Topf geworfen zu werden? Ist die SPD deshalb für eine Obergrenze, fordert aber so umfangreiche Integrationsmaßnahmen, dass sie überflüssig ist?
Ich habe einen anderen Ansatz. Die Bundesregierung hat nicht die Moralkeule geschwungen, sondern sie hat etwas anerkannt. Deutschland ist das größte EU-Mitglied und muss auch die größte Last tragen. Anders geht es nicht. Im Gegenzug wird es aber im Stich gelassen. Andere EU-Mitglieder haben nämlich gesagt: Tragt mal ruhig diese Last, wir haben damit nichts zu tun. So kann es nicht gehen. Wir brauchen eine europäische Lösung.

Aber wenn es die nun nicht gibt?
Wenn sich einzelne Länder weigern, daran mitzuwirken, hat die Bundesrepublik das Recht zu sagen: Dann müssen wir mal insgesamt über die Europapolitik und über die Lastenverteilung reden.

Befeuert eine solche Haltung nicht noch die Unzufriedenheit der Mitte? Wird Deutschland zu viel zugemutet?
Viele Leute haben in der Tat das Gefühl, dass Deutschland das allein schultert. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten. Die hart arbeitenden Leute, die sich an die Regeln halten, haben das Gefühl, dass sie die ganze Last tragen, aber keiner sich um sie kümmert. Das ist eines unserer Hauptprobleme. Übertragen auf Europa heißt das: Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder die Last weitgehend allein tragen. Denn Deutschland trägt auch anderswo eine enorme Last, nämlich bei der finanziellen Unterstützung der Länder, die sich verweigern. Polen erhält netto jedes Jahr aus dem EU-Haushalt mehr als 17 Milliarden Euro. Die werden mitfinanziert von den hart arbeitenden Leuten in Deutschland. Deshalb muss man Polen und anderen Ländern sagen: Alles hängt mit allem zusammen! Auch deshalb müssen wir die Migrationsfrage europäisch lösen.

Löst das wirklich das Problem?
Nein, nicht allein, aber das Problem lässt sich auf alle Fälle nicht lösen, wenn Deutschland allein handeln muss. Das funktioniert nicht.

Hat sich die EU mit dem Flüchtlingsdeal mit Ankara einem Autokraten ausgeliefert?
Eindeutig nein. Das ist ein Vertrag auf Gegenseitigkeit. Es war ein klares Signal, die Visaerleichterungen nicht umzusetzen, weil die Türkei die Bedingungen nicht erfüllt.

Wie können die EU-Außengrenzen in Zukunft geschützt werden?
Militärische und polizeiliche Mittel sind nötig, reichen aber nicht. Wir brauchen ein System der legalen Einwanderung und ein Asylsystem, das von dieser legalen Einwanderung abgekoppelt ist. Die Möglichkeit der legalen Einwanderung, über Quoten oder Kontingente, wäre ein harter Schlag gegen Schleuser.

Die EU ist von einem Krisengürtel umgeben. Warum können wir nicht schneller handeln?
Wer ist „wir"?

Zum Beispiel die europäischen Regierungen.
Dann fragen Sie die. Ich bin Repräsentant einer Gemeinschaftsinstitution. Diese Zuständigkeit haben wir nicht. Überall dort, wo die Mitgliedstaaten auf ihrer Souveränität beharren und damit ihre partikularen Interessen pflegen, leidet das Gemeinschaftsinteresse.

Es gibt EU-Mitglieder, die beides miteinander verbinden, etwa mit Blick auf Russland.
Ja, außer Ungarn und Victor Orbán. Das ist der einzige Osteuropäer mit engen Verbindungen zu Putin. Aber es ist auch so: Es gibt Länder, die sich von Russland bedroht fühlen und mehr Soldaten und Waffen wollen. Das bekommen sie – ein Akt der Solidarität. Wir verhängen Sanktionen, obwohl einzelne EU-Länder darunter leiden – auch praktizierte Solidarität. Wenn anschließend aber Flüchtlinge kommen, sagen dieselben Länder, die gestern noch erfolgreich Solidarität eingefordert haben, sie seien nicht bereit, etwas zu tun. Das ist Rosinenpickerei und geht schief.

Sie beschreiben die Lage der EU als dramatisch. Was könnte passieren?
Als ich vor 22 Jahren in das Europaparlament gewählt worden bin, hätte ich mir nicht vorstellen können, jemals in eine solche Lage zu kommen. Ja, die EU kann scheitern. Wenn wir nicht aufpassen, fällt sie auseinander. Diese Möglichkeit hat für viele ihren Schrecken verloren. Die sagen: Es wird schon irgendwie weitergehen, wenn die EU auseinanderfällt. Das ist dramatisch. Die europäische Integration ist nicht perfekt, sie ist manchmal nicht praktikabel. Aber vom Grundsatz ist sie richtig und eine der größten Errungenschaften, die unser Kontinent je gesehen hat.

Mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments sprachen **Jasper von Altenbockum** und **Klaus-Dieter Frankenberger,** leitende Redakteure der F.A.Z.

2025: WIR HABEN ES GESCHAFFT. ODER?

Zwei Szenarien für das Land.

VON OLIVER GEORGI

Deutschland 2025. Es ist zehn Jahre her, dass Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland strömten und die Politik vor eine gigantische Herausforderung seit Jahren stellten. Viele befürchteten damals, die massenhafte Migration werde das Land überfordern, und prophezeiten Parallelgesellschaften mit rasant steigender Kriminalität. Doch von diesen Ängsten ist kaum etwas geblieben. Im Gegenteil. Eine neue Aufbruchstimmung hat von Deutschland Besitz ergriffen, und viele machen dafür gerade die Flüchtlinge verantwortlich. 300 000 bis 500 000 sind in der letzten Dekade pro Jahr gekommen und haben eine kulturelle Vielfalt geschaffen, die das Land immens bereichert. Ob Reporter, Polizisten oder Führungskräfte: Wie selbstverständlich haben sich die Flüchtlinge in die bundesdeutsche Normalität integriert. Kanzlerin Angela Merkel, die 2015 für ihren Satz „Wir schaffen das“ noch angefeindet worden war, wird jetzt für ihre Weitsicht gefeiert – und Deutschland als ein Land, das bewiesen hat, wie eine Einwanderungsgesellschaft nicht nur entstehen, sondern sogar gut funktionieren kann.

Kann diese Zukunftsvision Realität werden? Für die „Denk ich an Deutschland“-Konferenz hat die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft gemeinsam mit dem Kölner Beratungsunternehmen Z_punkt zwei Szenarien erarbeitet, wie Deutschland die Flüchtlingskrise in den nächsten zehn Jahren meistert. In dem positiven Szenario ist es ausgerechnet das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, das Merkels Satz letztlich Realität werden lässt: Nach Selbstmordanschlägen in Berlin und Frankfurt Anfang 2017 und zahlreichen brennenden Flüchtlingsunterkünften ziehen die Rechtspopulisten bei der Bundestagswahl im Herbst zwar mit mehr als 15 Prozent in den Bundestag ein. Doch gerade diese „Katastrophe für die Demokratie“ rüttelt das Land wach und führt zu einem Stimmungsumschwung zugunsten einer konsequenten Migrations- und Integrationspolitik.

Nach dem Integrationsgesetz von 2016 beschließt die neue Regierung 2018 ein zweites Integrationspaket, in dem sie unter anderem den Verteilungsschlüssel für die Flüchtlinge flexibilisiert, die Residenzpflicht lockert und den Zugang von Asylbewerbern und Nicht-EU-Ausländern zum Arbeitsmarkt erleichtert. Neue Ausbildungsmodelle für Flüchtlinge und eine systematische Einbindung von Freiwilligen bei der Integration sorgen ebenso für eine Entspannung der Lage wie eine effizientere Verwaltung: Der Aufenthaltsstatus jedes Flüchtlings ist jetzt binnen sechs Wochen geklärt, nach weiteren sechs Wochen haben die Asylbewerber entweder eine Beschäftigung oder sind in eine betriebliche Ausbildungsmaßnahme vermittelt. Die Mammutaufgabe Integration verliert für viele Deutsche deshalb immer mehr ihren Schrecken. Der Stimmungswandel wird ausgerechnet durch den Brexit noch verstärkt: Das Ausscheiden der Briten aus der EU war ein Warnschuss, der in Europa gehört worden ist. Ein Kern-„Europa der Willigen“ ist näher zusammengerückt und kann sich nun leichter auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik verständigen. Ironischerweise profitiert ausgerechnet der ländliche Raum in Deutschland, der gegenüber Flüchtlingen bislang skeptisch war, jetzt zunehmend von ihnen, weil die EU Gemeinden, die Migranten ansiedeln, mit direkten Geldern unterstützt. 2020 führt die Regierung ein Punktesystem für Einwanderer nach kanadischem Vorbild ein: Wer wirtschaftlicher Not entfliehen möchte und die richtigen Qualifikationen mitbringt, ist willkommen; humanitäre Fluchtgründe bleiben unangetastet. Doch der massive Flüchtlingsstrom aus den Krisenregionen des Nahen Ostens ist ohnehin versiegt, seit die Kämpfe in Syrien und im Irak Ende 2024 zum Erliegen gekommen sind.

So optimistisch das positive Szenario wirkt, so düster ist das negative. In ihm ist Deutschland im Jahr 2025 ein gespaltenes Land; eine Dystopie aus Abschottung und Abgrenzung. In diesem Szenario ist es Politik und Behörden nach 2015 und 2016 nicht gelungen, vor allem die Registrierung der Migranten zu verbessern. Die Folge: Ihr Zuzug bleibt chaotisch, Tausende Flüchtlinge sind untergetaucht, niemand weiß, wie viele wirklich im Land sind.

Als sich Anfang 2017 in Berlin und Frankfurt zwei Selbstmordattentäter in die Luft sprengen, schlägt die Stimmung in der Bevölkerung endgültig um. Bei der Bundestagswahl im Herbst erzielen die Rechtspopulisten mehr als 20 Prozentpunkte. Fortan treiben sie die etablierten Parteien mit ihrer Forderung nach einer „Trendwende in der Asylpolitik“ vor sich her. Die Flüchtlingspolitik wird daraufhin immer restriktiver. Anfang 2018 legt die Regierung eine Obergrenze für Flüchtlinge von 50 000 pro Jahr fest; die Residenzpflicht wird von drei auf sechs, später sogar auf zwölf Monate ausgedehnt. Weil die Verteilung der Flüchtlinge weiter auf dem „Königsteiner Schlüssel“ basiert, bilden sich trotzdem immer mehr Gettos.

Durch den Brexit trübt sich die wirtschaftliche Lage fast überall in Europa ein. Die Anti-EU-Stimmung nimmt so zu, dass Brüssel den Mitgliedsländern schließlich nach britischem Vorbild freistellt, die Personenfreizügigkeit einzuschränken. Unter dem Druck der Rechtspopulisten bildet sich eine „EU der Vaterländer“, die sich mit Hilfe der europäischen Grenzagentur Frontex hermetisch abschottet. Österreich schließt faktisch die Alpenroute – und Deutschland verweigert Flüchtlingen aus der Türkei, die zu einer Islamischen Republik geworden ist, die Einreise. Wegen des Fachkräftemangels führt die Regierung um das Jahr 2020 eine „Green Card“ nach amerikanischem Vorbild ein, um ausländische Spitzenkräfte anzulocken. Doch das Resultat ist ernüchternd, Deutschland ist nicht mehr attraktiv. Immer mehr deutsche Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten schließlich ins Ausland.

Ab 2020 verschärft die globale Rezession noch die Konflikte: Preise und Arbeitslosigkeit steigen, die öffentlichen Budgets stagnieren. Manche Viertel sind zu regelrechten Gettos geworden, vielerorts gilt ein Minarettverbot, arabisch-sunnitische Straßenzüge und schiitische Viertel liegen neben national befreiten Zonen. Fundamentalistisch-christliche Sekten haben ebenso Zulauf wie Hassprediger, die die Scharia in Deutschland verankern wollen.

Nach der Bundestagswahl 2022 kommt eine rechtspopulistische Koalition an die Macht. Etwa zur selben Zeit beginnen Nahverkehrsgesellschaften in manchen Städten, Straßenbahnwaggons und Busse für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu reservieren, weil es dann weniger Schäden und Notarzteinsätze gibt. Spezielle Frauenabteile gibt es schon seit Jahren.

Die Lage in Deutschland verschlechtert sich so dramatisch, dass ab 2025 wieder mehr Menschen das Land verlassen als zuwandern. Deutschland gilt nicht mehr als Paradies, sondern als Land des alltäglichen Hasses. Und es sind nicht die einstigen Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak, die gehen, sondern die Nachkommen arrivierter Deutschtürken oder eingewanderter Osteuropäer, die sagen: Das ist nicht mehr mein Land.

Der Autor ist Politikredakteur bei faz.net.

Persönliche Geste mit politischer Sprengkraft: Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Selfie mit einem Flüchtling in Berlin-Spandau Foto Bernd von Jutrczenka/dpa